

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die  
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
Postfach 4407  
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

## Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

### Dokumentation 9

Seite 1 bis 72

(Eigene Texte, die im Zusammenhang mit Parteiarbeit entstanden sind.)

Seite

LSP / Mitteilung an die Presse (4) 17.4. 68 // Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die dadurch ausgelösten Demonstrationen .....	2
LSP / Mitteilung an die Presse (11) 5. 10. 68 // Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD .....	3
LSP / Mitteilung an die Presse (13) 3.11. 68 // Aktionsbündnis Bundestagswahl 1969 .....	5
Flugblatt für die Teilnehmer des Gründungskongresses 2. 11. 68 .....	6
An die Parteifreunde, Ralf Dahrendorf, Karl-Hermann Flach und Werner Maihofer / Anschreiben vom 11. 10. 1971 . 8 <i>Offener Brief zum Thema Parteiprogramm</i> vom Sept. 1971 .....	9
PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen ,Februar 1978 .....	16
SEIN und WIRKEN der GLU, November 1978 .....	17
Die Zukunft der Ökonomie // Tagung der Evangelischen Akademie Loccum im Mai 1984 - Protokoll-Hinweis .....	23
Diskussionsbeitrag, eigener .....	24
Dringlichkeitsantrag zur Situation der Arbeit, Bundesversammlung der GRÜNEN 1/83 in Sindelfingen .....	28
Alternativen, 10/83 .....	29
Frieden schaffen! Aber wie? 10 / 83 .....	35
„Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“ Anmerkungen zu einer Dissertation, 9/84 .....	37
Antrag zu Arbeitslosigkeit für die BDK der GRÜNEN 4 / 85 .....	44
politische Begründung dazu, 6 / 85 .....	46
Bei den Grünen tabu? (Deckblatt für das nachfolgende Info), 12 / 85 .....	47
Wählerinitiative für oder gegen die Grünen, 12 / 85 .....	48
Arbeitslosigkeit / Aktuelles Forum 1986 / Fragen an Lippelt, Rau, Schröder und Stock .....	54
Petition an den deutschen Bundestag, 6 / 87 .....	59
Unzufrieden mit den Grünen: Acht haben den Austritt erklärt, 6 / 91 .....	59

Liberal-Soziale Partei (,LSP), Bonn  
per Adresse: Tristan Abromeit  
~~2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70~~  
~~Telefon 0471/23985~~

17. 4. 68

Mitteilung an die Presse (4)

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

### Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die dadurch ausgelösten Demonstrationen

Daß wir den Mordanschlag auf Rudi Dutschke verurteilen, ist eine Selbstverständlichkeit, die keiner Erläuterung bedarf. Wir haben Verständnis für die durch das Attentat ausgelösten gewaltsamen Demonstrationen, wir müssen die Gewalttaten aber genauso mißbilligen, wie die der Amerikaner und Vietnamesen. Wenn wir eine bessere Welt wollen, dann ist die Faust nicht das geeignete Mittel., dies sollten alle Bundesbürger im Geschichtsunterricht begriffen haben.

Jede Revolution trampelt ihre Ideale in den Dreck. Wenn wir wirklich den Durchbruch zu einer menschenwürdigen Welt wollen, dann müssen wir uns mit der unblutigen Evolution bescheiden.

Eine bessere Gesellschaftsordnung wird nicht durch Straßenschlachten gewonnen, sondern durch gedankliche Fleißarbeit.

Wir brauchen keine Prediger der Gewalt, wir brauchen tausende Gandhis und Kings. Wir brauchen tausende Sozialwissenschaftler, die den gutwilligen Politikern brauchbare Instrumente aufzeigen und entwickeln, damit sie eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchsetzen können. Wir brauchen zur Verstärkung der fähigen und gutwilligen Politiker neue, junge, unbefangene, unkorrupte Abgeordnete in unseren Parlamenten.

Im Springer-Verlag eine Ursache und nicht ein Symptom unserer kranken Bundesrepublik zu sehen, zeugt von Gedankenlosigkeit. Kein Verlag kann bei uns im Westen auf Dauer Produkte verkaufen, die nicht vom Leser gebilligt werden. Ein Verlagskonzern ist ein Wirtschaftsunternehmen wie andere Konzerne auch, die Schäden für die Gesellschaft sind nicht immer gleich gut sichtbar. Eine Verstaatlichung des Zeitungswesens bricht nicht die Macht der Meinungsbildner. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß der einzelne Redakteur und Journalist unabhängiger vom Verleger wird.

Die Konzentration wirtschaftspolitischer Macht werden wir nur überwinden, wenn es gelingt, daß der Arbeitsertrag zunimmt und der Kapitalertrag abnimmt.

Studenten der Bundesrepublik, wir teilen Euren Zorn auf unaufrichtige und verblendete Politiker und Publizisten und auf stumpfsinnige und teilnahmslose Bewohner unseres Staates, die den Namen Bürger nicht verdienen. Unsere gemeinsamen Ziele gebieten es aber, daß wir unsere Feinde zu unseren Brüdern machen.

Den Generationen der beiden Weltkriege ist es nicht gelungen, die Demokratie bei uns heimisch zu machen, wird es uns gelingen.

gez. Tristan Abromeit

Vorstandsvorsitzender (Abschrift: 2/2001 TA)

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn

~~Pressestelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963~~

~~Telefon über 0541/22283~~

5. 10. 1968

Mitteilung an die Presse (11)

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD

0. Vorbemerkung: So verständlich der Ruf ist, die NPD zu verbieten, sowenig darf die Problematik des Verbotes der NPD übersehen werden. Nicht alle Motive der NPD-Gegner sind edler Natur, nicht alle Wirkungen der NPD sind negativ.
1. Das Verdienst der NPD besteht darin, ungewollt das demokratische Gewissen einer großen Anzahl von Bundesbürgern aktiviert zu haben.
2. Die NPD mit ihren Erfolgen erzeugte mit die notwendige Unruhe, um unseren „Staatsmännern“ ihre feiste Selbstgefälligkeit zu nehmen.
3. Nationalisten befinden sich seit der Geburt der BRD in den im Bundestag vertretenen Parteien; es ist scheinheilig, wenn die Mitglieder der Regierungen in der BRD mit dem Finger auf die NPD zeigen und ihren eigenen Nationalismus bzw. ihre eigenen nationalistischen Parteigenossen vergessen.
4. Der Nationalismus ist keine spezifisch deutsche Krankheit, wir finden sie sowohl bei den Weltmächten, wie auch in vielen kleinen Staaten.
5. Der Nationalismus, insbesondere in Verbindung mit dem Faschismus, wirkt gegen die Grundrechte und wirkt störend in der Völkerfamilie. Das Verbot von nationalistischen Parteien hebt aber nicht den Nationalismus auf.
6. Das Verbot von Extremparteien, seien sie nazistisch oder kommunistisch, ist auch keine demokratische Lösung und außerdem für einen Staat nicht ungefährlich, weil ganze Bevölkerungsteile auf Grund ihrer politischen Auffassungen in die Ungesetzlichkeit getrieben werden.
7. Extremparteien haben nur dann eine Chance, wenn die Gesellschaft krankt. Die NPD-Erfolge sind somit ein Zeugnis für die Versäumnisse der „staatstragenden“ Parteien.
8. Für die Lösung gesellschaftlicher Probleme (auf nationaler und internationaler Ebene) gibt es immer nur wenige vernünftige Alternativlösungen. Vernünftige Lösungen für den Gesellschafts- und Staatsbereich haben aber die Konsequenz, daß Privilegien der Etablierten aufgehoben werden. Unsere „Staatsmänner“ müssen daher auf ihre Privilegien verzichten, wenn sie die NPD erfolgreich bekämpfen wollen.
9. In der Kritik von links-außen an die NPD scheint ein gewisser Neid zum Ausdruck zu kommen. Die Argumentation ist dort oft genauso intolerant und irrational wie rechts-außen.

10. Der NPD mag ein Zug zum Faschismus innewohnen; aber so muß man dann konsequent fragen: nur bei der NPD?

11. Der Wahlspruch der Mächtigen der vergangenen Jahre lautet übersetzt so: Laßt uns die bequeme Regierungsweise. Außer der Zustimmung alle 4 Jahre an der Wahlurne geziemt Euch keine politische Tätigkeit. Wir, die erfahrenen Regierung- und Parlamentsmitglieder machen das sowieso besser.

Im Rückblick zeigt sich, daß die Feinde der Demokratie nicht zuletzt die „staatstragenden“ Parteien waren und sind, da sie wenig zur Demokratisierung der Bundesbürger beigetragen haben, obwohl sie die Mittel dazu hatten.

12. Der Kampf gegen die Antidemokraten muß auf der untersten Ebene aufgenommen werden: in den Betrieben, in den Schulen, in den Vereinen und in den Gemeinden.

Nochmals ein NPD-Verbot verhindert kein Scheitern unserer Demokratie.

13. zum Schluß: Wer die NPD und die kürzlich gegründete Kommunistische Partei (DKP ) nicht will, der muß, wenn er glaubhaft bleiben will, in anderen politischen Vereinigungen mitarbeiten.

Tristan Abromeit

(Mitglied des LSP-Vorstandes)

(Abschrift: 2/2001 TA)

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn

Poststelle: ~~45 Osnabrück, Schließfach 1963~~

Telefon über ~~0541/222 83~~

3. 11. 1968

Mitteilung an die Presse (13)

Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 - Gründungskongreß  
2. November 1968 in Dortmund, Kleine Westfalenhalle.

---

Das Vorstandsmitglied der Liberal-Sozialen Partei, Tristan Abromeit, Bremerhaven, nahm an dem Gründungskongreß des Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969 teil. Seine grundsätzlichen Bedenken gegen das Verfahren der Gründung und die DKP als Aktionspartner trug er in einem Umdruck vor. Darin hieß es u.a., daß es nicht nur auf gemeinsame Zielsetzungen, sondern auch auf ein Minimum an gemeinsamen Prinzipien ankomme.

Der Umdruck wurde im Kongreßsaal verteilt. Als doktrinäre Kongreßteilnehmer den Inhalt gelesen hatten, wurde die weitere Verteilung im Namen der Kongreßleitung untersagt. Einem Verteiler wurden die Flugblätter gewaltsam entrissen.

Prof. Dr. Werner Hofmann, Referent und Initiator des Kongresses bedauerte gegenüber dem Verfasser des Flugblattes den Vorfall. Zu dem Inhalt des Kongresses muß gesagt werden, daß viele Bundesbürger ihren guten Willen kund taten. Als Friedensbündnis und Wahrer der Demokratie gebärden sich die marxistischen Sozialisten aber zu unduldsam und zu aggressiv. Die Diskussion unter der Linken ist besonders schwer, weil mit Begriffen operiert wird, die Emotionen aber keine Informationen vermitteln.

Die Vorstellungen der Bündnispartner können, wenn sie angewandt werden, wohl den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus transformieren; aber nicht den Kapitalismus auflösen.

Der Vorstand der Liberal-Sozialen Partei (ISP) kann unter den gegebenen Umständen nicht mit dem „Aktionsbündnis für die Bundestagswahl. 1969“ kooperieren, er ist aber zu Diskussionen bereit.

Anlag

e: Flugblatt, verteilt am 2.11.68 in Dortmund

(Abschrift: 2/2001 TA)

Tristan Abromeit  
2850 Bremerhaven / Schiffdorfer Chaussee 70

2. November 1968

- Mitglied der Liberal-Sozialen Partei -

Sehr verehrte Teilnehmer

des Gründungskongresses in Dortmund,

der heutige Tag wird so angefüllt sein mit Reden und Debatten, dass sich gruppenunabhängige Personen schwerlich Gehör verschaffen werden. Ich erlaube mir daher, auf diese Weise einige Gedanken zum Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 vorzutragen.

1.1 Ich hoffe, diesem Gründungskongress ist mehr Erfolg beschieden als vorherigen Versuchen zur Einigung ausserparlamentarischer Parteien und anderer politischer Gruppen.

1.2 Eine Politik des Aktionsbündnisses kann nur dann ein Novum sein, wenn sie Aussagen und Forderungen für die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft und den zwischenstaatlichen Beziehungen formuliert wird und nicht nur für einzelne Gruppen.

1.3 Die Sprache des Aufrufes ist unscharf und anbiedernd, sie unterscheidet sich hierin nicht wesentlich von der Sprache der NPD. - Dieses ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung.

1.4 Wenn Zustände in der Gesellschaft geändert werden sollen, dann muss man die Mittel rational auf ihre Wirkung und Wechselwirkung hin durchleuchten, sonst haben politische Aktionen leicht eine gegenteilige Wirkung. - Sachthemen der Arbeitskreise können in der kurzen Zeit gar nicht mit der notwendigen Sorgfalt abgehandelt werden. Der ganze Kongress kann daher nicht mehr sein als eine politische Demonstration wider die „staatstragenden“ Parteien.

1.5 In einer von vier vorbereitenden Veranstaltungen für diesen Kongress in Bremen wurde behauptet, es sei beschlossene Sache, dass die Deutsche Kommunistische Partei Bündnispartner sei. Nach demokratischen Spielregeln - die doch das Bündnis verteidigen will - entscheidet der Gründungskongress darüber, wer Bündnispartner werden soll und wer nicht.

Die Gründung der Wahlpartei einen Tag nach der Gründung des Aktionsbündnisses erweckt den Eindruck, als solle etwas durchgepeitscht werden. Eine besonnene Willensbildung kann sich in so kurzer Zeit nicht vollziehen.

2.1 In Diskussionen in Bremen über die Wirksamkeit des Aktionsbündnisses wurde wiederholt bedauernd festgestellt, dass die Arbeiterschaft kein Klassenbewusstsein habe. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Begriffe „Arbeiterschaft“ und „Klassenbewusstsein“ einen Ausagewert haben; mir schien aber, dass die Initiatoren der Veranstaltung in Bremen wenig demokratisches Bewusstsein haben. Es wurde davon gesprochen, dass das Grundgesetz verteidigt und die Demokratie vertieft werden sollte. Gleichzeitig wurden aber Normen des Grundgesetzes wie: Gewissensfreiheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten in Frage gestellt. Die DKP, die die Demokratisierung in der CSSR verurteilt, wird als Bündnispartner akzeptiert.

Aber auch im Aufruf akzeptiert man Antidemokraten als Bündnispartner, wenn der Text mit der logischen Sprache überein stimmt. Es wird dort. zum Aktionsbündnis von Demokraten und Sozialisten aufgerufen; also auch Sozialisten, die keine Demokraten sind.

Es wurde in Bremen aber noch Schlimmeres gesagt: Das Aktionsbündnis hätte nichts mit Moral zu tun., der Erfolg wäre das Wesentliche! - Wenn Prof. Hofmann in einem Flugblatt des Giessener Kreises schreibt, dass das Bündnis zwischen CDU und SPD ein politisch sittenwidriges, öffentliches Ärgernis erregendes Konkubinat sei, dann ist eine Koalition der progressiven Gruppen - ohne moralische Fundierung - Hurerei, um in gleicher Metapher zu sprechen.

3.1 Bei aller Toleranz muss das Aktionsbündnis nicht nur nach übereinstimmenden Zielen fragen, sondern auch nach einem Minimum an gemeinsamen Prinzipien.

3.2 Vorschlag für eine Erklärung im Antragsformular auf Mitgliedschaft im Aktionsbündnis und der Wahlpartei:

I. Verstöße gegen die allgemeinen Menschenrechte sind auch dann Unrecht, wenn sie durch die Sowjetunion oder die USA vorgenommen werden.

II. Jeder Staat hat das Recht, innerhalb seiner Grenzen Reformen durchzuführen, wenn diese nicht gegen gültige internationale Verträge und gegen die Grund- und Menschenrechte verstossen.

III. Keiner Macht steht das Recht zu, ein Gesellschaftssystem mit Waffengewalt einzuführen oder aufrechtzuerhalten.

(Abschrift: 2/2001 TA)

Tristan Abromeit  
3000 Hannover-Kleefeld  
Kaulbachstraße 25

11. 10. 1971

An die Parteifreunde  
Ralf Dahrendorf,  
Karl-Hermann Flach und  
Werner Maihofer

Stellungnahme zum Parteiprogramm

(Abschrift vom Mai 1996)

Sehr geehrte Herren,

als Anlage erhalten Sie meine dreizehnseitige<sup>1</sup> Stellungnahme zum Parteiprogramm der FDP, die eigentlich ein Offener Brief werden sollte.

Aufgrund von Äußerungen des Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes, Herrn Domscheit's, hatte ich mich für kurze Zeit der Hoffnung hingegeben, daß ich erstmals in meinem Engagement für die Liberalität durch ein Parteiorgan unterstützt würde.

Leider hat sich aber folgendes gezeigt:

1. nicht einmal ein so kleines Parteiorgan, wie es der Kreisvorstand darstellt, ist in der Lage, kurzfristig zu einer termingebundenen Sache Stellung zu nehmen;
2. die Verwirrung in Sachen Liberalität ist so groß, daß auch wohlwollende Parteifreunde urteilsunsicher sind, u.z. unabhängig vom Ausbildungsstand;
3. zumindest dem Parteifreund Müller ist nicht klar, daß die (gewollte) Polemik nicht im Widerspruch zur Wahrheit und Wahrhaftigkeit steht.

Also die Endnote 1 auf Seite 6 stimmt nicht, der Vorstand wird den offenen Brief nicht drucken lassen und versenden.

Ich gebe gerne zu, der Inhalt meiner Ausarbeitung ist keine leichte Kost; was aber ein Vorstand der FDP inhaltlich leichten Herzens schnell und mehrheitlich unterschreiben kann, braucht nicht gesagt zu werden.

Es war nicht meine Absicht, eine wissenschaftliche Arbeit zu liefern, obwohl die Aussagen nach wissenschaftlichen Maßstäben gemessen werden können. Mein Anliegen ist es, Fragen zu provozieren. Leider kann ich nur Ihnen, die Sie sowieso gewohnt sind, Fragen zu stellen, je eine Kopie übermitteln. Das Bremer Wahlergebnis sollte eigentlich alle Parteifreunde veranlassen, mehr zu fragen und sich weniger diffusen Gefühlen scheinliberaler Art hinzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

*TA*

---

<sup>1</sup> In der Abschrift vom Mai 1996 ist die Seitenzahl technisch bedingt reduziert.



Tristan Abromeit

Mitglied der FDP im Kreisverband Neustadt a.Rbge.  
1971

Hannover, Ende September

Herrn

Prof. Dr. Maihofer

Vorsitzender der Programmkommission der FDP

(Abschrift vom Mai 1996)

48 Bielefeld

## *Offener Brief* *zum Thema Parteiprogramm*

Sehr geehrter Herr Professor Maihofer,

da mich sowohl der Inhalt des Entwurfes der Programmaussage Gesellschaftspolitik wie auch die Bewertung der Programmarbeit betrübt, erlaube ich mir, in dieser Form - als eine Art Notwehr - Stellung zu nehmen.<sup>2</sup>

### **1 Vorbemerkungen**

1.1 Manche Zeitgenossen wundern sich, daß Mitbürger resignieren oder aus Empörung und Verzweiflung zu Steinen, Feuer oder sogar zu Bomben greifen (ein greiser Philosoph aus Frankreich will neuerdings den Schrittmacher spielen); ich hingegen wundere mich, daß bei der gegebenen Verlogenheit und Herzensträgheit die Gewaltanwendung so gering ist. (Ich spreche als Pazifist!) Es fällt doch heutzutage sehr schwer, die christlichen Tugenden „Liebe“ und „Duldsamkeit“ - auch gegenüber Parteifreunden - zu praktizieren. (Ich spreche als Nicht-Christ!)

1.2 Für die nachfolgenden Ausführungen ist es nicht unbedeutsam zu erwähnen, daß ich den Zugang zur Marktwirtschaft durch die von Gesell begründete Freiwirtschaftsschule gefunden habe.<sup>3</sup> Diese Schule hat in den Universitäten keinen Platz, dafür aber viel Verachtung gefunden. Ihre Denkergebnisse werden aber von der modernen Sozialwissenschaft Stück für Stück nachvollzogen und haben Karl Walker in die Lage versetzt, ein Milliarden-Leck in unserem Mehrwertsteuersystem zu entdecken. (s.Ziffer 7.3)

1.3 Da bekanntlich Argumente nicht zählen und ich keine Autorität durch Amt, Geld oder Gefolgsleute besitze,

- 2 Die Vervielfältigung und der Versand wurde freundlicherweise vom Vorstand des FDP-Kreisverbandes Neustadt a.Rbge. vorgenommen. Ein inhaltliche Identifizierung des Vorstandes mit dem Inhalt bedeutet das allerdings nicht.
- 3 Der Begriff „Schule“ wird hier nicht als ein geschlossenes System, sondern als eine Forschungsrichtung verstanden.

können Sie jetzt getrost das Schreiben zur Seite legen und Ihren Sekretär beauftragen, mir eine unverbindliche- verbindliche Empfangsbestätigung zu schreiben.

## 2 Über die Wirkung des Parteiprogrammes

### 2.1 Verdirbt Politik doch den Charakter?

Zitate aus der „Wirtschaftswoche“ Nr. 37, S.4 und 7:

„Den Freien Demokraten ist ein Dreh eingefallen, mit dem sie Linksliberale bei der Stange halten wollen, ohne ihr mittelständisches Wählerreservoir aus Freiberuflern, Selbständigen und mittleren Einkommensbeziehern zu gefährden. Der Dreh besteht darin, radikale Forderungen in das Grundsatzprogramm aufzunehmen, in dem laufenden politischen Entscheidungsprozeß aber die Interessen der Stammwähler zu wahren, ...“

„Vorsorglich wurde allerdings die Parole ausgegeben, daß Parteiprogramm und Koalitionsvereinbarung zur Steuerreform zwei sehr verschiedene Dinge sein könnten.“

Frage an die Psychologen: Ist diese Roßtäuscherei durch die Erbanlage oder durch die Umwelt bedingt?

### 2.2 Was kann eine Parteiprogrammkommission und ihr Vorsitzender leisten?

Da Erkenntnisse sich nicht durch Abstimmungen in demokratischen Gremien gewinnen lassen, kann die Kommission nicht viel mehr als eine Sammelstelle der verschiedenen Ansichten und Interessen sein. Und das ist nicht wenig, denn durch den Versuch, die verschiedenen Thesen und Meinungen zu einem Programm zusammen zu schweißen, wird die Programmkommission und auch ein Teil der Parteimitgliedschaft gezwungen, über die Liberalität zu reflektieren, und das ist verdammt notwendig, denn die heutigen großen Fluchtbewegungen in die Marxismustheorie, in die Gewalt, in die Resignation und in die Neurose haben viel mit der Denkfaulheit der Liberalen zu tun.

Mir scheint, die konservativen und progressiven Parteifreunde versagen nur in verschiedener Weise beim Problem der Heiligen Kühe. Während die Konservativen von der Substanz lebend, geistig impotent geworden, die Tradition auszehren, die Fliegen wegwedeln und dabei die immer dürrer werdenden Wiesen und die immer trockener werdenden Brunnen nicht wahrnehmen, feilschen die Progressiven um den Erlös der zu schlachtenden Heiligen Kühe, den sie vom Abdecker erhoffen, nichtbedenkend, wie danach die Aufzucht des Nutztviehes mit besseren Ergebnissen, als sie von Kolchosbauern erzielt werden, bewerkstelligt werden soll.

Ein Vorsitzender kann anregen, bremsen oder ausgleichen, aber nicht das Programm bestimmen. Ich halte das nachfolgende sinngemäß wiedergegebene Urteil eines älteren Parteifreundes daher für unangebracht:

„Da kommt so'n Professor daher gelaufen und will uns alten Parteihasen zeigen, was liberal ist.“

Die Einsichten in das Prinzip der Freiheit hängen nicht von der Dauer der Parteimitgliedschaft ab. Ich zolle Ihnen jedenfalls meinen Respekt, wenn ich auch sehr unzufrieden bin mit dem, was die Programmkommission bisher erarbeitet hat. Aber fehlerhafte Theorien können nicht zu richtigen Ergebnissen führen. Denkbar ist jedenfalls ein Programm, das eine mehrheitliche Zustimmung der Parteimitglieder und der Wähler finden würde.

### 2.3 Was kann ein Parteiprogramm leisten?

Nur wenn eine Partei die absolute Mehrheit in der Wahl gewonnen hat, könnte ein Parteiprogramm so etwas wie ein Fahrplan sein (aber auch nur dann, wenn nicht theoretische Fehler eine Korrektur erzwingen). Aber so wie die Dinge liegen, kann das Parteiprogramm bestenfalls eine Orientierungshilfe für die Parteimitglieder und die Wähler sein. Dieses sollte eindeutig am Anfang des Programmes stehen, damit der Wählerbetrug aufhört, damit die innerparteiliche Auseinandersetzung versachlicht wird und damit die FDP-Mandatsträger ihre grundgesetzliche Unabhängigkeit erhalten.

### 2.4 Politische Lösungen

Eine erfundene Nachricht: „Nachdem die Erdölländer der BRD die Lieferung von Erdöl gesperrt haben, hat das Parlament beschlossen, daß alle Kraftfahrzeuge ab Montag nächster Woche mit Wasser aufzutanken sind. Nur die Wagen der Feuerwehr, der Polizei und die Krankenwagen dürfen ein Gemisch aus Wasser und Benzin (das aus einheimischen Rohöl gewonnen wird) verwenden.“

Das ist doch völlig verrückt! Ja, aber eine politische Lösung, denn genauso wird im Wirtschafts- und Sozialbe-

reich verfahren. Auch im Programmwurf findet sich das Wasser-Benzin-Gemisch wieder.<sup>4</sup>

### **3 Voraussetzungen zur Verinnerlichung der Demokratie**

3.1 Zitat: „In dem Kartell der Experten und Organisationsspitzen wird bei allem internen Interessengegensatz immer eine Grenze von Spielregeln eingehalten, die das gesamtgesellschaftliche System der Willensdelegation, der Gewaltenteilung und Einkommensverteilung unangetastet lassen.“ (Petra Bauer in Gegenwartskunde 3/71)

3.2 Wenn wir dieses Kartell mit dem formaldemokratischen Umhang überwinden wollen (Ich beginne daran zu zweifeln, daß die FDP dazu einen Beitrag leisten kann und will.), dann müssen wir den Zustand der Entmündigung der Bürger durch die Experten überwinden. (Die Unmündigkeit ist die Folge der Entmündigung.) Das ist nicht so sehr ein Bildungsproblem bei den sogenannten Massen, als vielmehr bei den Unheil verursachenden Experten. Es zeugt nicht gerade von Intelligenz, wenn Mitbürger vor Sachzwängen kapitulieren, die sie selber geschaffen haben, und alles mit den immer komplizierter werdenden Zusammenhängen entschuldigen.

3.3 Wenn wir wirklich die Demokratie, die freie Gesellschaft verwirklichen wollen, dann brauchen wir den durch seinen Eigennutz (das ist nicht ein platter Egoismus) gesteuerten - im Sinne der Kybernetik - autonomen Bürger, der Teile seiner Autonomie an autonome Institutionen delegieren und zurückziehen kann. Wenn die Demokratie von einer größeren Anzahl von Menschen verinnerlicht werden soll, dann müssen wir die gesellschaftlichen Strukturen durch- und überschaubar machen, nicht nur für Spezialisten, sondern auch für einfache Gemüter. Das setzt nicht weniger, sondern mehr Gedankenarbeit voraus.

3.4 Es wird heute zu recht auf die Verschleißproduktion geschimpft. Eine noch größere Vergeudung erlauben wir uns aber, in dem eine Politik getrieben wird, die immer mehr Menschen für unproduktive Arbeit einspannt (unproduktiv im ökonomischen wie im kulturellen und sozialen Sinn).

### **4 Freie Kultur und selbstverantwortete soziale Vorsorge**

4.1 Die Freidemokraten wehren sich zu Recht gegen die Einführung des Kommunismus im Bereich der Wirtschaft (Dabei sei darauf hingewiesen, daß es der Marktwirtschaft in keiner Weise schadet, wenn einzelne Betriebe nach kommunistischen Prinzipien geführt werden.), sie merken aber gar nicht, daß bei uns ein Kulturkommunismus herrscht. Dieser Widerspruch - eine Quelle unserer gesellschaftlichen Probleme - ist so tief in den Köpfen der Parteifreunde verwurzelt, daß sogar Gespräche darüber fast unmöglich sind. Wenn ich den Entwurf eines Programms zur Schaffung von funktionsfähigen Märkten für Kultur- und Sozialleistungen vorlegte, dann würde sicher sogar in der FDP ein Chor den Ruf „liberaler Scheißer“ anstimmen. Aber auch im Bereich der Kultur heißt es: Evolution oder Revolution. Und die Maßnahmen, die von der FDP gefördert werden, bereiten die Kulturrevolution vor.

4.2 Im Bereich der sozialen Sicherung und Vorsorge müßte ein freiheitliches Programm wesentlich Neues bringen. Wenn aber unser klassenstiftendes, Selbstverantwortung hemmendes, kostspieliges Sozialversicherungssystem überwunden werden soll, dann müssen gleichzeitig die wirtschaftspolitischen Ziele *Kaufkraftstabilität, dauernde Vollbeschäftigung und die Änderung der Einkommensverteilung verwirklicht* werden, was wiederum eine Frage des Wollens und Erkennens ist.

4.3 Es ist jedenfalls eine allgemeine, unmittelbar durch Steuern finanzierte staatliche Sozialversicherung denkbar, die das Existenzminimum deckt, auf der dann eine effektivere individuell gestaltete private Vorsorge aufbaut. Eine Arbeitslosenversicherung ist dann überflüssig. Die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung könnte von

4 Anmerkung vom Mai 1996: Ich habe 1971 bei meinem Bild vom Wasser als Treibstoff nicht an Wasserstoff gedacht. Der Unternehmer und Konstrukteur Ludwig Bölkow will „dem Wasserstoff als Energie der Zukunft bereits heute einen sichtbaren Stellenwert (..) verschaffen“. (HAZ vom 26. 4. 1996, S.20)

privaten Institutionen übernommen werden. (Nebenbei: Das Arbeitsförderungsgesetz scheint mir ein Produkt geistiger Verwirrung zu sein.)

## **5 Mitbestimmung**

5.1 Wenn es um das Thema Mitbestimmung geht, wird den meisten Parteifreunden unbehaglich wie beim Thema Eigentum. Erfreulich ist aber, daß im Entwurf zur Programmaussage von personaler Autonomie der Arbeitnehmer die Rede ist. Es ist wirklich leichter, Schritte in Richtung Problemlösungen zu vollziehen, wenn vom autonomen Menschen ausgegangen wird und nicht vom Kollektivmenschen. Zu fragen ist: Welche Voraussetzungen braucht der Mensch, um autonom zu sein? Wie kann er autonom bleiben, wenn er Teil einer Klein- oder Großgruppe wird? Und wie müssen die Wechselbeziehungen zwischen Gruppen von autonomen Menschen gestaltet werden?

5.2 Die bisher institutionalisierte Mitbestimmung leistet nicht viel, schadet aber auch nicht. Es gibt zwar immer noch Gewerkschaftskollegen, die hoffen, mit einem verbesserten und verallgemeinerten Montanmodell so etwas wie eine gesamtwirtschaftliche Globalsteuerung vornehmen zu können. Diese Vorstellung ist zwar genauso unrealistisch wie freidemokratische Konjunktursteuerungskunst, hat aber ihre Wurzel in den erlebten wirtschaftlichen Depressionen.

Ich sehe auch nicht ein, warum die von der FDP diskutierten Modelle einen Fortschritt bringen sollen, schon lange nicht die Fixierung der Arbeitnehmer in leitende Angestellte und andere Arbeitnehmer. Es liegt weder im Interesse der Unternehmen noch im Interesse der Arbeitnehmer, daß sie vom Gesetzgeber ein bestimmtes Modell der Mitbestimmung als Zwangsjacke verpaßt erhalten. Nützlich allerdings kann es sein, wenn der Gesetzgeber den Betrieben ein bestimmtes Modell vorschreibt, wenn die Belegschaft und die Unternehmensleitung sich nicht auf ein anderes Modell einigen können.

5.3 Wieso komme ich auf die Idee, daß die Mitbestimmung auf Vertragsbasis in die Unternehmen eingeführt werden könnte? Weil die innerbetriebliche zentrale Planung am Ende ihres Lateines ist. Um den Kostenfaktor Unlust zu verringern und die Produktivität zu steigern, werden die Unternehmen bei anhaltender Vollbeschäftigung (!) jedes Pflänzchen, das sich unter den Arbeitnehmern regt und heißen mag: Gruppenautonomie, Selbstkontrolle, Erfolgsbeteiligung, Selbstbestimmung o.ä. sorgfältig hegen und pflegen.

5.4 Die Fragen nach mehr Mitbestimmung im Bereich der Schulen und Universitäten und jenen Institutionen, für die eine Zwangsmitgliedschaft besteht, können nicht sinnvoll beantwortet werden, bevor geprüft wurde, ob es nicht möglich ist, einen freien Bereich der Kultur zu schaffen und ob Zwangsmitgliedschaften denn unbedingt erforderlich sind. Die Antwort auf die Frage nach der Einschränkung der Macht des Kapitals kann nicht ohne Fragen nach den Ursachen des Kapitalismus gefunden werden.

## **6 Eigentum und Vermögensbildung**

6.1 Das Recht auf Eigentum ist in dem Programmentwurf und auch in der allgemeinen Diskussion unter Liberalen zu schwach begründet. Das Eigentum im Sinne von Verfügungsrecht über Sachen zur Ausfüllung der Freiheit wird auch von Sozialisten nicht verneint. Die Herausforderung der Sozialisten besteht doch darin, daß dem Privateigentum an Produktionsmitteln die Ausbeutungseigenschaft angehaftet wird.

Hier hat die Verteidigung, besser Entlastung des Eigentums durch die Liberalen einzusetzen. Es ist eine der Ungereimtheiten der Parteifreunde, daß sie trotz der Bedrängnis seitens der Marxisten nicht die Gedankengänge von Silvio Gesell prüfen, der plausibel nachweist, daß das Eigentum - abgesehen von der Ausnahme des Bodeneigentums - nur eine abgeleitete Kapitalfunktion hat. Das Urkapital ist das Geld, es hat die gleichen Monopoleigenschaften wie der Boden: Unvermehrbarkeit und Unverderblichkeit. Die Inflationsmöglichkeit hebt diese generelle Aussage nicht auf. Im Gegenteil erhellen beide Aspekte erst den Zusammenhang zwischen schleichender Inflation und Vollbeschäftigung.

6.2 Von dieser Erkenntnis her, ist ein ganz anderer - ein liberaler - Ansatz zur Vermögens- und Steuerpolitik möglich. Für die überbetriebliche Beteiligung am Zuwachs des Produktionskapitals hat das auch seine Konsequenzen. Nicht nur, daß die Beträge für den Einzelnen nach Aussage eines älteren - von mir als konservativ eingeschätzten - Parteifreundes lächerlich sind und die Programmkommission ihre Angst vor den zu schaffenden Monster-Kapitalsammelstellen nicht verbergen kann; nein, mit den angestrebten Mitteln werden die Kurven der Einkommensverteilung und des Vermögens bestenfalls einen Sockel erhalten, aber nicht geändert. Wenn wir

wirklich die Einkommens- und Vermögensstruktur - bei gleichzeitigem Abbau der Verwaltung - ändern wollen, dann müssen wir eine Politik fördern, die die Liquiditätsverzichtsprämie des Geldes, den Zins, nach unten drückt.

6.3 Es sei das historische Verdienst des Liberalismus, das Privateigentum am Boden geschaffen zu haben, sagte in einer Parteiversammlung ein langjähriges FDP-Mitglied mit Vehemenz. In Wirklichkeit ist die Schaffung des Privateigentums am Boden die erste große und folgenschwere Fehlleistung der Liberalen. Schon Adam Smith mußte mit seinen großartigen Gedanken scheitern, weil er den Charakter des Bodens nicht erkannte.

Wer das jetzige Bodenrecht verteidigt, das national wie international ein Störungsfaktor ist, ist nicht nur ein Konservativer, sondern ein Menschenfeind - wenn auch nicht immer bewußt -. Der Schlachtruf „ Volk ohne Raum“, der Kampf um Rohstoffquellen, um Fischgründe, die Ein- und Auswanderungsbehinderungen, die Behinderung des Welthandels, all diese Drangsale wurzeln stark in unserem Bodenrecht.

Wenn von dem Eigentum an produzierbaren Sachen gesagt werden kann, daß es frei macht, so muß vom Bodeneigentum gesagt werden, daß es die Menschen in Herrschende und Sklaven aufteilt.

6.4 Worauf es bei einem neuen Bodenrecht ankommt, ist, daß es 1. einen Markt für Nutzungsrechte gibt und daß 2. die Bodenrente allen Menschen zufließt. Wenn die allgemeine Bodenrente im nationalen Rahmen aufgebracht und verteilt werden kann, so wird die Rente aus Ausbeutungsrechten an Boden- und Meeresschätzen (Erdöl, Fische etc.) in internationale Kassen fließen müssen (nicht aus Motiven der Wohltätigkeit, sondern aus dem Willen zur Selbsterhaltung heraus).

6.5 Ein neues Bodenrecht ist auch für die Entwicklung einer freien Landwirtschaft erforderlich. Abgesehen von der Chancenungleichheit zwischen den Pächtern und Eigentümern, läßt sich der Grundsatz „Der beste Boden zum besten Wirt.“ bisher nicht realisieren. Auch lassen sich bei dem gegebenen Bodenrecht betriebs- und volkswirtschaftlich vertretbare Hofgrößen nur schwer bilden. Die Flurbereinigung hinkt doch immer mit großem Kostenaufwand hinter der Zeit her. Die Erbteilung und der Strukturwandel sind schneller. Die nationale (europäische und weltweite) Freizügigkeit wird größer, wenn Landwirtschaft allgemein auf Pachtland betrieben wird. Die bestehenden Spannungen zwischen den Regionen und Nationen werden geringer, weil die Landwirte dort anbauen können, wo sie jeweils annehmen, die besten Bedingungen vorzufinden.

## 7 Steuerreform

7.1 Von der Steuerreform ist heute viel die Rede; schaut man genauer hin, kann ein Fortschritt im Sinne der Gerechtigkeit, der Verwaltungsvereinfachung und der Durchschaubarkeit nicht festgestellt werden. Es ist alles wie der Marsch auf der Drehbühne, alle schreiten vorwärts, ohne weiterzukommen.

Es ist aber unsinnig, den Verfall der Moral zu beklagen und gleichzeitig ein Steuer- und Subventionssystem aufrechtzuerhalten, das wettbewerbsverzerrend und demoralisierend wirkt. Der Fall des „Genossen und Millionärs Josef Kun“ z.B. hat m.E. durchaus etwas damit zu tun, daß der Staat die gesellschaftlichen Beziehungen so regelt, daß jene Bürger belohnt werden, die am Rande der Legalität operieren.

7.2 Unter der Berücksichtigung des nicht vorhandenen Kapitalcharakters von reproduzierbarem Eigentum und der Voraussetzung der Abschöpfung der Bodenrente und der Umwandlung der Mineralöl- und KFZ-Steuer in eine Benutzungsgebühr ist es denkbar und auch wünschenswert, daß der Staat sich nur aus einer Steuer, der Einkommenssteuer finanziert. Daß die Steuer zur Konjunkturlenkung nichts taugt, behandle ich später.

Gerechtfertigt ist es durchaus, den Kapitalertrag wesentlich höher als den Arbeitertrag zu besteuern, denn der Staat hat ja das Vermögensungleichgewicht selbst mit verursacht.

Die Körperschafts-, Vermögens-Erbschaftssteuer, die Verkehrs- und Verbrauchssteuern zu streichen, braucht kein Traum zu bleiben.

7.3 Aber abgesehen von den Zukunftsaspekten des Steuerrechtes wird in nächster Zeit die Mehrwertsteuer die Gemüter erhitzen, wenn das Mehrwertsteuergutachten von Karl Walker allgemein zugänglich ist, es liegt z.Zt. den Länderfinanzministern und der Bundesregierung vor. Da es mir in der Eigenschaft als Mitglied der sozialwissenschaftlichen Gesellschaft zugänglich gemacht worden ist, kann ich hier einige Fakten erwähnen:

- a) Durch die Mehrwertsteuer werden Beträge in Höhe von 1/5 des Bundeshaushaltes zu Lasten der Staatskasse umverteilt.
- b) Die Importsteuer der USA ist im Vergleich zu den Wirkungen der Mehrwertsteuerhandhabung ein milder Protektionismus.
- c) Die Mehrwertsteuer stellt eine Subvention der kapitalintensiven Unternehmen dar, sie benachteiligt die lohnintensiven Unternehmen.
- d) Die Mehrwertsteuer belastet bestimmte Dienstleistungen, ohne daß dadurch Zugänge in der Staatskasse entstehen.
- e) Die Mehrwertsteuer ist keine Verbrauchssteuer, sondern eine Verkehrssteuer, die nicht auf den Verbraucher abgewälzt werden kann, sie belastet den Gewerbeertrag, bevor er entstanden ist.<sup>5</sup>

## 8 Konjunktursteuerung, nationale und internationale Währungsordnung

8.1 Wenn Währungsfragen nicht weiterhin wie Fragen der Metaphysik behandelt werden sollen, dann müssen naturwissenschaftliche Maßstäbe der Währungstheorie zugrunde gelegt werden.

8.2.1 Das Geld hat seinen Wert durch seine Funktion und nicht durch eine Deckung in Gold oder Devisen. Die Kaufkraft des Geldes hängt nach der Quantitätstheorie - die u.a. von Friedman und Brunner in neuester Zeit bestätigt wurde - von dem Verhältnis der Geldmenge zur Gütermenge ab. Gesell sagte um die Jahrhundertwende und Brunner heute: Das Geld hat seinen Preis, ausgedrückt in Gütern. (siehe *Sparkasse* 2/71) Ohne Quantitätstheorie bleibt es unverständlich, wie bei fixierten Wechselkursen und Devisenankaufszwang der Bundesbank die Deutsche Mark vom Ausland her inflationiert werden kann. Wer heute noch dem Gold eine Rolle in der Währungsordnung zuspricht, dient der Goldlobby und wirkt gegen eine störungsfreie Währungsordnung.

8.2.2 Große Unsicherheit herrscht darüber, was zur Geldmenge gehört. Die herrschende Lehrmeinung ist, daß das Giralgeld (Buchgeld) zur Geldmenge gehört. Darauf beruht auch die Mindestreservepflicht der Geschäftsbanken. Da die Giralgeldtheorie eine Theorienschöpfung ist (Elimar Rosenbohm), das sogenannte Buchgeld sich aus kurzfristigen Einlagen (Kredite an die Banken) zusammensetzt, ist die Mindestreservepolitik der Bundesbank glatte Enteignungspolitik. Die Gelder, die bei der Bundesbank eingefroren werden, repräsentieren Güteransprüche an den Markt. Diese Ansprüche wurden aber inzwischen von neu geschöpftem Geld geltend gemacht. Für eine erfolgreiche Währungspolitik müßte gelten: Die Geldmenge setzt sich zusammen aus Banknoten und Münzen.

8.2.3 Soweit die Diskontpolitik zur Geldmengenregulierung beibehalten wird, ist zu fordern, daß der Diskontsatz immer etwas über dem Marktzinssatz liegt, damit erst der brachliegende Teil der Geldmenge in den Umlauf kommt.

Eine Manipulierung des Zinssatzes durch die Bundesbank ist nicht vertretbar: a) weil der Zins ein Preis ist und b) weil jede Erhöhung des Zinsniveaus die Vermögenskonzentration verstärkt.

8.2.4 Notenbanken als Geschäftsbanken mit einer Gewinn- und Verlustrechnung betreiben zu wollen, ist ein Unding. Eine Notenbank kann ihrem Wesen nach nur eine Behörde sein, die nach eindeutigen Prinzipien tätig wird. Eine Politik im Sinne von Abwägen und Kompromissen kann und braucht man den Notenbanken nicht zuzubilligen. Der Notenbankpräsident hat in einer wirklichen Währungsordnung nur die Funktion eines Ingenieurs auf dem Leitstand. Er beobachtet Skalen und handelt nach einer Betriebsanleitung.

---

5 Anmerkung vom Mai 1996: Die Mehrwertsteuer hat die Gemüter in großer Zahl nicht erhitzt. Ich habe mich mit Steuerfragen nicht so sehr befaßt, als daß ich beurteilen könnte, ob mein verstorbener Freund Karl Walker (er war Mitglied der SPD) in der Mehrwertsteuerbeurteilung geirrt hat oder die Finanzexperten und der damalige Bundestag. Wenn aber auch nur die Vermutung besteht, daß an einer seiner damaligen Aussagen etwas Richtiges ist, sollte der ganze Komplex vom Bundestag oder in dessen Auftrag erneut geprüft werden. Es kann doch nicht sein, daß ein illegitimer Griff in die Staatskasse mit einer Ausbeute von Tausend Mark die Staatsanwaltschaft und die Gerichte beschäftigt, daß aber, wenn es um ein Milliardenleck geht, so getan wird, als sei es nicht vorhanden. Ich habe in meinem Schreiben vom 30. März 1996 an den Bundestag angekündigt, daß ich den Fraktionen nochmals je ein Exemplar von Walkers Gutachten zur Verfügung stellen würde. Die Schrift wird mit dieser Textsammlung auf den Weg gebracht.

3.3.1 Steuerberater, Steuer- und Währungspolitiker kommen sich im allgemeinen sehr klug vor, wenn sie die Bedeutung der Fiskalpolitik für die Währungs- und Konjunkturpolitik betonen. Daß aber die Wirtschaftlichkeit kommunaler Einheiten enorm leiden muß, wenn die Mittelzuflüsse willkürlich gekürzt oder erweitert werden, wird schamhaft verschwiegen. Darüber hinaus bewirkt die Fiskalpolitik immer mehr Störungen im Bereich der privaten Wirtschaft.

3.3.2 Zur Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes braucht die Währungspolitik den Staatshaushalt höchstens zur Geldmengenregulierung, wobei eine Stilllegung von Geld nur bei einer schrumpfenden Wirtschaft erforderlich wäre. Zuflüsse aus neu geschöpftem Geld dürfen nur zur Vermeidung von Deflationen - bei nicht vorhandener Geldhortung im privaten Sektor - in die Staatskasse gelangen.

8.3.3 Die Konjunktursteuerung, d.h. die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, wird heute durch die schleichende Inflation bewirkt. Dieser Tatbestand hängt einfach damit zusammen, daß die Inflationsverluste das Geld in den Umlauf zwingen.<sup>6</sup>

Wenn der unangenehme Umverteilungseffekt nicht der Preis für den „Dienst“ der schleichenden Inflation wäre, hätten wir allen Grund, diese als segensreiche Erfindung zu feiern.

Es gibt aber die Möglichkeit, die Konjunktur und die Währung gleichzeitig zu stabilisieren. Nur kommen wir dabei nicht an Gesell vorbei, denn sein Gedanke war es, die Kassenhaltung (die Hortung) mit einer Art Steuer zu belegen.

(Nebenbei, aber nicht unwichtig: Gesells weiterer Gedanke war: Bei Vollbeschäftigung der Wirtschaft hat das Kapital einen sinkenden, die Arbeit einen steigenden Ertrag, wenn es gelingt, diesen Prozeß ohne Inflation und ohne Krise in Gang zu halten, dann stirbt der Kapitalismus. Ähnlich drückte sich Keynes aus.)

8.4.1 Über die Notwendigkeit flexibler Wechselkurse etwas zu sagen, dürfte sich inzwischen in der FDP erübrigen. Nur der Vorstellung, daß man innerhalb der EWG fixierte und nach außen flexible Wechselkurse einführen könne, muß entgegengewirkt werden. Abgesehen davon, daß das Problem der internationalen Währungsordnung nicht nur ein Dollarproblem ist, wirkt die Freigabe der Kurse weniger bedeutender Währungen wie die Freigabe aller Währungen.

3.4.2 Für eine europäische oder eine weltweite Währungsordnung brauchen wir keine Reservewährung, keine Sonderziehungsrechte, kein Gold und auch keine weltweite Einigung.

Eine störungsfreie internationale Währungsordnung kann als offenes System, das von zwei Nationen in Betrieb gesetzt werden kann, konzipiert werden. Es brauchen keine Mittel zur Deckung beschafft zu werden, es muß aber sehr wohl darauf geachtet werden, daß keine zusätzlichen monetären Ansprüche an den Markt entstehen. Ich verweise auf das Buch von Karl Walker „Neue Europäische Währungsordnung“.

## **9 Gewaltenteilung, Parteienfinanzierung und Schlußbemerkung**

9.1 Auch demokratische Parteien sind in ihrem Kampf um Existenz und Macht der Gefahr ausgesetzt, demokratische Prinzipien zu opfern.

9.1.1 Die Gewaltenteilung, eine in Jahrhunderten durch leidvolle Erfahrungen gewonnene Technik der gegenseitigen Machtkontrolle, ist heute praktisch durch die Verfilzung von Exekutive, Legislative und Parteienapparate aufgehoben.

Ich glaube, es ist bescheiden zu fordern, daß Regierungsmitglieder ihre Parlamentsmandate niederlegen sollten. Rücksichtnahme auf persönliche Sicherheitsbedürfnisse der Minister sind da nicht angebracht. Die konsequente Trennung zwischen Mandat und Regierungsamt hätte außerdem einen stabilisierenden Effekt für die Regierung.

---

6 Anmerkung vom Mai 96: Daß die Vollbeschäftigung durch leichte Inflation von der Stagflation mit Unterbeschäftigung abgelöst wurde, hängt damit zusammen, daß es 1. durch den Umverteilungseffekt des Zinses zunehmend volle Kassen ohne Bedarf und leere Kassen mit Bedarf gab (Dieter Suhr), und daß 2. Geldanleger und Investoren immer weniger in einer Person (einem Unternehmen) vereinigt sind. Wenn der Geldanleger die schleichende Inflation aber durch eine erhöhte Zinsforderung ausgleicht, dann wirkt sich das für den Investor von Realkapital als Kostensteigerung aus, die er bei verminderter oder stagnierender Kaufkraft der Massen nicht auf die Nachfolgestufe oder die Endverbraucher abwälzen kann. Die Inflation wird hier zur Konjunkturbremse.

9.1.2 Die politischen Parteien wirken nach dem Grundgesetz an der politischen Willensbildung mit. Die Möglichkeit, durch ihre Mitglieder im Parlament eine Parteienfinanzierung mit der Wirkung einer Machtkartellfixierung durchzusetzen, verschafft ihnen aber ein Monopol, das ihnen nicht zusteht.

Die FDP, am politischen Abgrund der 5%-Klausel stehend, hätte allen Grund zu einer Neubesinnung. Modelle einer Parteienfinanzierung, die einer permanenten Abstimmung der Bürger gleichkäme, sind schon lange entwickelt worden, und ließen sich mit der SPD zum Vorteil der FDP auch durchsetzen.

9.2 Ich habe mich bemüht, die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie wir aus den politischen Sackgassen herauskommen könnten und habe dabei nicht mit bitterer Kritik gespart.

Worauf es mir aber letztlich ankommt, ist, einen klärenden Beitrag zur Programmdiskussion zu liefern und den Parteifreunden zu zeigen, daß die Liberalität eine Zukunft hat.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

## **PLÄDOYER**

für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der

### **WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD**

im allgemeinen und in der FDP im besonderen

(Begründung dafür, warum das Manuskript „ARBEITSLOSIGKEIT - Ursachen - Wirkungen - Lösungen -“, vervielfältigt und den FDP-Mitgliedern als Diskussionspapier zur Verfügung gestellt werden sollte)

von **Tristan Abromeit** (auszugsweise gehalten auf der Sitzung des LFA für Wirtschaftspolitik am **18.02.1978** in Hannover)

oooooooooooooooo

Notiz vom 1. Juni 2004:

Der Text „Plädoyer ...“ ist bereits unter „Texte /Arbeiten“ mit der Nr. 1.2 zugänglich. Er wird hier gelöscht, um die Dateigröße zu verkleinern.

T.A.



# SEIN und WIRKEN der GLU

- drei Kurzbeiträge -

von

Tristan Abromeit

(Mitglied im GLU-OV NRü der GLU)

15. Nov. 1978

## 1. ZUM SELBST VERSTÄNDNIS DER GLU

Damit die GLU konstruktiv und erfolgreich wirken kann, scheint mir erforderlich zu sein, daß sich die Mitglieder über die nachfolgend beschriebenen Fakten und Vorgänge klar werden:

1.1.1 Bürgerinitiativen sind entstanden, weil es eine Fülle von gesellschaftlichen Problemen gibt, die von den etablierten Parteien und Staatsorganen verursacht wurden oder nicht ohne Druck von außen gelöst werden können, und weil die etablierten Parteien den ersten Satz des Art. 21 des GG, der da lautet: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ de facto umgeschrieben haben in: „Die CDU, SPD und FDP bilden den politischen Willen.“

1.1.2 Die GLU ist entstanden und gewachsen, weil von den Gründungs- und anderen Mitgliedern a) das Instrument „Bürgerinitiative“ als nicht ausreichend empfunden wurde und / oder b) die Mitwirkungsmöglichkeiten in den etablierten Parteien inzwischen als zu gering angesehen wurden. GLU-Mitglieder haben also verschiedene oder unterschiedliche Motivationen und unterschiedliche politische Erfahrungshintergründe, die z.Zt. noch eine Verständigung erschweren.

1.2.1 Bürgerinitiativen konzentrieren ihre Arbeit in der Regel auf ein politisches Problem. Die Einigkeit ist relativ leicht herzustellen, weil sie Bürger anziehen und mobilisieren, die dieses Problem als das ihre betrachten. Die Lebensdauer der BI hängt von der „Lebensdauer“ des Problems ab. Ihre Wirkung zielt auf Änderungen von Einschätzungen eines Problems durch die Exekutive und Legislative und manchmal auf Selbsthilfe. Ihr Hauptmittel ist die Demonstration aller Mitglieder. Die Spontaneität ist ihr dominierendes Element.

1.2.2 Eine politische Partei hat sich von ihrem Auftrag her gesehen um alle gesellschaftlichen Probleme zu kümmern. Ihre Lebensdauer ist vom Ansatz her unbegrenzt. Ihre Wirkung zielt auf Änderung und Schaffung von Gesetzen und auf Anwendung der Gesetze in der Exekutive. Ihr Hauptmittel ist die Mitwirkung einzelner Mitglieder in den Parlamenten. Ihr dominierendes Element ist die Kontinuität, die nicht ohne Organisation zu erreichen ist. Eine wirksame Organisation ist aber nicht ohne Hierarchie und hauptamtliche Mitarbeiter zu haben.

Dem Stachel „Hierarchie“ kann man aber die Schärfe nehmen durch:

- a) innerparteiliche Demokratie,
- b) anarchistische (herrschaftsfreie) Elemente in der Organisation (z.B. Aufstellung der Landeslisten und Direktkandidaten unter Beteiligung der Wähler, siehe auch die

- Abschnitte Grünes Forum und Arbeitskreise),
- c) gruppenspezifische Übungen,
- d) innerparteiliche Beschäftigung mit Organisationssoziologie,
- e) eine Politik, die tendenziell Parteien überflüssig oder ablösbar macht,
- f) nur befristete Anstellung von Mitarbeitern in zentralen Positionen,
- g) Einbau von Inseln der Freude bei Sitzungen der Gremien, bei Tagungen und Parteitage, die in der Regel frustrierend sind, z.B. durch Musik, Bewegung und gemeinsames Tun (Backen wurde in Hitzacker vorgeschlagen).

1.3 Die Schwierigkeiten mit der Konsensbildung in der GLU hängen u.a. mit folgenden Fakten zusammen:

- 1.3.1 Ein Teil der Mitglieder hat sein politisches Bewußtsein an dem Problem der Atomenergie gebildet und ein anderer Teil an einem der vielzähligen anderen gesellschaftlichen Probleme.
- 1.3.2 Ein Teil der Mitglieder steht erst relativ kurze Zeit im Kampf um eine humane Welt, ein anderer Teil ringt schon jahrelang - wenn nicht Jahrzehnte - um die Lösung einzelner Probleme.
- 1.3.3 Die einen haben von Anfang an in der Atomgegnerschaft mit anderen Solidarität erfahren; die anderen haben dafür, daß sie eine Außenseiterposition vertreten haben, jahrelang Prügel bekommen und sind von daher vorbelastet und müssen durch die Solidarität der Unbelasteten entlastet werden.
- 1.3.4 Bei der Panthematik <sup>7</sup> einer Partei werden die Diskussionen durch die unterschiedlichen religiösen, philosophischen, ökonomischen usw. Ausgangspositionen der Teilnehmer geprägt.
- 1.3.5 In den etablierten Parteien und Verbänden werden diese unterschiedlichen Positionen durch Mehrheitsbeschlüsse untergepflegt, durch Manipulationen einzelne Positionen unterdrückt oder durch gruppenspezifische Prozesse geächtet.
- 1.3.6 Wenn die GLU eine Alternativpartei sein will, so muß sie die Vielfalt der Positionen nicht als Belastung, sondern als eine Bereicherung begreifen (Aktive Toleranz / Einheit in der Vielfalt - Wilfried Heidt, Koordinationsausschuß der Grünen ... Baden-Württemberg). Wenn es keine Schande mehr ist, Minderheitenansichten und -einsichten zu vertreten, dann brauchen Diskutanten auch ihre Argumente nicht mehr (bis zur Unkenntlichkeit) zu verkleiden und an unangebrachten Stellen - nur weil sie zu Wort kommen - vorzutragen.
- 1.4.1 Braucht die GLU Abgrenzungsbeschlüsse? Muß sie Vertreter links- und rechtsextremer Auffassungen ausschließen? Nach meiner Auffassung kann hier zweimal Nein gesagt werden, wenn die GLU das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit als Bedingung der Mitgliedschaft macht. Die Begründung liegt in den Argumenten der Abgrenzungsbefürworter:
  - a) Die Wähler der GLU gehören den Liberalen aus den Mittelschichten an.
  - b) Die Mitglieder der GLU rekrutieren sich aus den Mittelschichten. Daß bei dieser Sachlage ein kommunistisches oder faschistisches Programm ausgeschlossen ist, sich nicht bilden oder gar Erfolg haben kann, versteht sich von selbst. Ein Kommunist oder Rechtsfaschist müßte schon arg beschränkt sein, zu glauben, die

<sup>7</sup> Dieser Begriff steht im Gegensatz zu der Monothematik, die der GLU vorgeworfen wird. Siehe P.C. Mayer-Tasch in „Der grüne Protest“, fischer alternativ Nr. 4022.

GLU sei bei diesen Voraussetzungen umzufunktionieren oder für illiberale Ziele einzusetzen.

Wenn Vertreter extremer Positionen doch bleiben oder kommen, dann vielleicht: a) weil sie trotzdem genügend Gemeinsamkeiten mit an deren Mitgliedern haben oder b) weil sie an der eigenen Position zweifeln. In jedem Fall sind sie nützlich als *Advocatus Diaboli* indem sie die übrigen Mitglieder vor Überheblichkeit und programmatischer Blindheit bewahren. Und: Berührunggängste geistig-politischer Art sind für alle Mitglieder und ihre Gesamtheit ein Hemmnis.

#### 1.4.2 Darf die GLU Neues oder bisher Unterdrücktes und Umwälzendes fordern?

Ja! Sie darf nicht nur, sie muß es sogar, denn sonst wäre ihre Gründung überflüssig. Wenn das Programm nur eine Variation der Programme von CDU, SPD und FDP wäre, dann könnten sich Wähler und Mitglieder wie bisher an die etablierten Parteien halten. Die Umformung unserer Gesellschaft, die erforderlich ist, ist mehr als ein Jahrhundertwerk. Ob in der Ökonomie, der Bildung, der Technik, der äußeren Verteidigung oder der Daseinsfürsorge, nichts kann so bleiben wie es ist. Das Neue muß selbstverständlich eine bessere Qualität haben als das Bekannte. Es ist nicht unter Zeitdruck von Parteigremien und Seminaren zu formulieren. Wir können auch nicht auf Einsichten, Argumente, Widerspruch und Unterstützung politischer Gegner und Konkurrenten verzichten. Mit dem Links-Mitte-Rechts-Schema ist das Neue nicht zu fassen. Wenn z.B. die Dezentralisation ernstgenommen und durchgeführt wird, so wird die Staatstätigkeit um 80 bis 90 % schrumpfen. Das wäre ein revolutionäres Ziel, das evolutionär erreicht werden kann. Bei der Beschreibung des Neuen müssen wir psychologische und pädagogische Kenntnisse anwenden, damit vertraute Wünsche und Vorstellungen sozialer und liberaler Art wiedererkannt werden können. Bei der Formung des Neuen benötigen wir Bausteine verschiedener Art. Es ist unmöglich, auf sozialistische, anarchistische, liberale und auch konservative Denker zu verzichten. Die liberale Position beschreibt m. E. Milton Friedman in seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ treffend:

„Der Liberale des 19. Jahrhunderts war ein Radikaler, und zwar in doppelter Hinsicht: Im etymologischen Sinn jemand, der den Dingen auf den Grund, an die Wurzel geht, und im politischen Sinn, jemand, der sich für die großen Veränderungen in den sozialen Institutionen einsetzt. In diesem Sinn muß sich sein moderner Erbe verhalten.“ (S.25)

1.5 Sicher ist es wünschenswert, daß sich jeder Mensch über alle Lebensvorgänge und Wissensbereiche ein eigenes Urteil aufgrund von Einsichten bilden kann. Faktisch ist dies aber unmöglich. Meine eigene Haltung zur Atomspaltungstechnik begründet sich z.B. nicht auf Kenntnis der Materie - von Physik habe ich wenig Ahnung -, sondern auf der Tatsache, daß die Wirkungen unterschiedlich beurteilt werden, nicht auf die Betreiber begrenzt bleiben und aus der ökonomischen Kenntnis, daß wir zur Wohlfahrt der Menschen keinen Atomstrom brauchen. Die Mehrzahl der GLU-Mitglieder wäre zu recht empört, wenn ich auf grund dieser Sachlage urteilen würde: Das Gerede von der Gefährlichkeit der Atomkraftwerke ist Spinnerei. Die Mehrheit der GLU-Mitglieder erlaubt sich aber aus einem Wissensstand über Ökonomie heraus - der meinem über Physik vergleichbar ist - Überlegungen zu einem Dritten Weg, insbesondere die Position des Landesvorsitzenden Georg Otto, als Spinnerei oder Weltverbesserei zu bezeichnen. Die Atomgegnerschaft wurde noch vor wenigen Jahren von wenigen „Spinnern“ getragen. Die Mehrheit der heutigen Atombewegung, der Ökobewegung stand also noch abseits oder in Gegnerschaft zu den Ökologen. Wir können hoffen, daß die Ökologen (im engeren Sinn) in ihrem Ringen mit den Atomkraftbefürwortern siegen; sie werden

aber trotz Sieg Verlierer bleiben, wenn sie nicht Ökologen im weiteren Sinn werden und die Strahlen aus der Sozialsplaltung unbeachtet lassen. Ökologen im umfassenden Sinn können die GLU-Mitglieder aber nur werden, wenn sie lernen, sich vorurteilsfrei auch im Bereich der Ökonomie zu informieren, was nicht leicht ist, weil Glaubenssätze und Erkenntnisse auf den ersten Blick ohne erkennbare Unterscheidungen nebeneinander stehen.

## 2. ZUM GRÜNEN FORUM

Wenn es richtig ist, daß die Leistungsfähigkeit einer Organisation von der Güte ihres Informationswesens abhängt, wenn es weiter richtig ist, daß in einer Organisation Hierarchie und Zentralismus nicht ganz abbaubar sind, und die Demokratisierung (im Sinne von Teilhabe) der Kommunikation daher wichtig ist, dann sollte der Gestaltung der Informationsträger (wie z.B. des grünen Forums) besondere Beachtung gewidmet werden.

2.1 Die innerparteiliche Demokratie erfordert, da ihre Mitglieder nur einen engbegrenzten persönlichen Kontakt pflegen, und nur vereinzelt telefonische Gespräche führen können, eine schriftliche Kommunikation in vertikaler und horizontaler Ebene ohne Zensur. Konkret: Das außerhalb des Ortsverbandes unbekanntes Mitglied muß mit dem Landes- oder Bundesvorstand unter möglicher Teilhabe aller Mitglieder Informationen und Meinungen austauschen können und umgekehrt (Diese Forderung schließt vertrauliche Briefpost nicht aus.) (vertikal in beiden Richtungen). Der Ortsverband A muß mit dem Ortsverband Z unter möglicher Teilnahme aller anderen Ortsverbände und Einzelmitglieder Themen diskutieren können (horizontal in beiden Richtungen).

2.2 Die Leistungsfähigkeit einer Organisation erfordert einen Informationsträger, der zuverlässig, pünktlich und übersichtlich ist.

2.3 Wie sind die demokratischen und organisatorischen Anforderungen an das Medium „Grünes Forum“ zu erreichen?

2.3.1 Das GRÜNE FORUM erhält eine vom Landesparteitag (Landesdelegiertenkonferenz) gewählte Redaktion mit dem Status eines selbständigen Parteiorgans, die auf eine liberale Informationsselektion verpflichtet wird und somit der Kontrolle und dem Spruch des Schiedsgerichtes des Landesverbandes unterworfen wird, wenn Einzelmitglieder oder andere Organe Klage erheben.

Damit eine kontinuierliche Arbeit möglich ist, werden die Redaktionsmitglieder wenigstens für drei Jahre gewählt. Ersatzmitglieder werden für Ausfallzeiten der ordentlichen Redaktionsmitglieder gewählt. Die Redaktionsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung im möglichen Rahmen und erhalten das Recht zur Veröffentlichung von Eigenbeiträgen z.B. im Umfang von 10% des verfügbaren Raumes

2.3.2 Das GRÜNE FORUM wird außerhalb der Mitgliedsbeiträge durch einen Bezugspreis finanziert.

2.3.3 Das GRÜNE FORUM ist Pflichtblatt der GLU-Mitglieder. Veröffentlichungen der Parteiorgane im GRÜNEN FORUM gelten als allgemein bekannt.

2.3.4 Da die Verarbeitungsfähigkeit von Informationen bei den Mitgliedern und sonstigen Beziehern unterschiedlich ist, wird die Informationsselektion im wesentlichen Teil von den einzelnen Lesern vorgenommen und nicht von der Redaktion.

2.3.5 Damit das GRÜNE FORUM ein brauchbares Arbeitsmittel wird und dann bleibt, erhält es eine übersichtliche und konstante Gliederung:

Z.B. Kommentare / Mitteilungen des Vorstandes, der Kreis- und Ortsverbände, der Arbeitskreise / Mitgliederbeiträge / Veranstaltungskalender / Pressespiegel.

2.3.6 Mitglieder, Arbeitskreise, Orts- und Kreisverbände erhalten das Recht, dem GRÜ

NEN FORUM Anlagen beifügen zu lassen, wenn sie die Portodifferenz übernehmen, (Falls aus technischen oder finanziellen Gründen ein gesonderter Versand sinnvoller ist, so ist dies möglich, wenn die betreffenden Absender die Arbeit und Kosten übernehmen.)

2.3.7 Das GRÜNE FORUM erscheint monatlich. Auf den Versandtag müssen sich die Bezieher verlassen können. Termine Redaktionsschluß und Annahmeschluß für Beilagen, sowie technische Bedingungen werden im GRÜNEN FORUM an übersichtlicher Stelle bekannt gemacht.

### 3. ZU DEN ARBEITSKREISEN

Es liegt in der Natur der Sache, daß in den Beschlüssen der Organe nur der durchschnittliche Wissensstand der Mitglieder zum Tragen kommt und eine Vertiefung des Wissens über die verschiedenen Probleme in den Versammlungen der Orts- und Kreisverbände nur begrenzt möglich ist. Die Bildung von Arbeitsgruppen, Arbeitskreisen und / oder Fachausschüssen auf den verschiedenen Gliederungsebenen der Partei ist eine logische Folge bei der Strukturierung der Parteiarbeit. (In länger bestehenden Parteien werden aber auch Ausschüsse gebildet, um Parteimitglieder zu binden, die aktiv sind, aber keinen Platz in einem anderen Organ gefunden haben.)

3.1 Arbeitskreise können sehr unterschiedlich sein in Entstehung, Aufbau und Arbeitsweise. Bei der Betonung der Parteihierarchie werden die Mitglieder z.B. durch den Landesvorstand berufen. Ihre Arbeit ist Auftragsgebunden. Sie haben kein Veröffentlichungsrecht für die Ergebnisse ihrer Arbeit. Wird von den Mitgliedern die innerparteiliche Demokratie gefordert, so wird das Berufungselement durch das Delegationselement ausgewechselt.

3.2 Hier sollen nun Arbeitskreise vorgeschlagen werden, die autonom sind wie die Bürgerinitiativen und nur ein Minimum an Auflagen seitens der Partei erhalten.

3.2.1 Rechte der Arbeitskreise:

3.2.1.1 Ein Arbeitskreis kann sich auf Landesebene bilden, wenn wenigstens 5 Mitglieder aus drei Kreisverbänden dieses für sinnvoll halten.

3.2.1.2 Die Arbeitskreise bestimmen Stil, Umfang und Inhalt ihrer Arbeit selber.

3.2.1.3 Sind Teile der Mitglieder nicht mit der Arbeitsweise eines Arbeitskreises einverstanden, können sie zum gleichen Problemkreis einen konkurrierenden Arbeitskreis bilden.

3.2.1.4 Die Arbeitskreise können unter genauer Bezeichnung ihres AK ihre Arbeitsergeb-

nisse und Stellungnahmen veröffentlichen.

3.2.1.5 Die Arbeitskreise finanzieren ihre Arbeit selber, es sei denn, sie erledigen Auftragsarbeiten der Parteiorgane. In diesem Falle erhalten sie eine Aufwandsentschädigung entsprechend der Finanzlage des auftraggebenden Parteiorganes.

3.2.1.6 Die Arbeitskreise können Aufträge der Parteiorgane unter Nennung der Gründe ablehnen.

3.2.2 Pflichten der Arbeitskreise:

3.2.2.1 Die Bildung und Auflösung eines Arbeitskreises und die Kontaktadresse (Sprecher(in)) sind dem Landesvorstand unverzüglich anzuzeigen.

3.2.2.2 Satzungen und Beschlüsse der Partei sind zu beachten.

3.2.2.3 Die Annahme oder Ablehnung eines Auftrages durch ein Parteiorgan ist umgehend zu bestätigen.

3.2.2.4 Die Arbeitsweise und die Bedingungen für die Mitgliedschaft im Arbeitskreis sind zu protokollieren. Dem Landesvorstand sind jeweils x Exemplare dieser Protokolle zuzusenden.

./.

(Abschrift 3/2001 TA)

# Loccumer Protokolle

15 / '84

## **DIE ZUKUNFT DER ÖKONOMIE**

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE  
FORSCHUNGSANSÄTZE IM VERGLEICH

Tagung vom 4. - 6. Mai 1984

### INHALTSVERZEICHNIS

Jan Jarre: Vorwort

Jan Jarre: Tagungsprogramm Programmkommentar und Einführung

Kurt W. Rothschild: ÖKONOMISCHE THEORIE IM WANDEL

Kurt W. Rothschild: WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS  
ÖKONOMISCHE THEORIE IM WANDEL

----- ÖKONOMISCHE FORSCHUNGS- UND THEORIEANSÄTZE

IM VERGLEICH (1. Teil)

Rolf Steppacher: INSTITUTIONALISMUS

Rolf Steppacher: THESEN ZUR INSTITUTIONELLEN ÖKONOMIE

Werner Meissner: POSTKEYNESIANISMUS

Rudolf Hickel, Klaus W. Lippold, Ernst Helmstädter:

AKTUELLE WIRTSCHAFTSPROBLEME, WIRTSCHAFTSPOLITIK  
UND DIE RELEVANZ DER ÖKONOMISCHEN THEORIE

-----  
ÖKONOMISCHE FORSCHUNGS- UND THEORIEANSÄTZE  
IM VERGLEICH (2. Teil)

Winfried Vogt: NEOKLASSISCHE KAPITALISMUSTHEORIE / Thesen

H- Chr. Binswanger: ÖKOLOGISCH ORIENTIERTE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

-----  
WIRTSCHAFTSTHEORIE IM MEINUNGSSTREIT

Herbert Meißner: THESEN

Johan Galtung: ÖKONOMISMUS ALS OKZIDENTALISMUS

Rainer Künzel: Bericht aus der Arbeitsgruppe 1

Erich Hödl: Bericht aus der Arbeitsgruppe 2

Sigrid Matern-Rehm: ÖKONOMISCHE THEORIE IM WANDEL

Tristan Abromeit / Dieter Kampe: Diskussionsbeiträge im Anschluß

an das Referat von Sigrid Matern-Rehm

oooooooooooooooooooo

Tristan A b r o m e i t , Neustadt

Im Programmkommentar von Dr. Jan Jarre heißt es u. a.: „Die Auswahl der hier vorgestellten Forschungsrichtungen erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.“

Er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß andere theoretische Positionen, die dieses Mal nicht in Form eines eigenständigen Referates zum Zuge kommen, durch Befragen und Komentieren der Referenten seitens der Tagungsteilnehmer eingebracht werden.

Dieser Aufforderung sind mehrere Vertreter der von Silvia Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule - die, soweit mir bekannt, an keiner Hochschule gelehrt wird, aber trotzdem lebendig und aussagekräftig ist - nachgekommen.



Nun ist es unmöglich, in kurzen Diskussionsbeiträgen in einer mit Referaten gefüllten Wochenendtagung eine konkurrierende Idee, eine opponierende Schule vorzustellen. Ich für meine Person habe dies auch nicht versucht, sondern nur den Mit-Teilnehmern gesagt, auf welcher Grundlage ich meine Beiträge leiste.

Das Thema der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ drückt ja indirekt eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Ökonomietheorie und -praxis aus. Da ich davon überzeugt bin, daß zwischen der ökonomischen Theorie und den realen ökonomischen Zuständen und Erscheinungen ein Zusammenhang besteht, zielten meine Fragen und Hinweise darauf hin, herauszufinden, wo die Ursachen für die geringe Leistungsfähigkeit der theoretischen Ökonomie vermutet werden, ob den einflußreichen Ökonomen bewußt ist, welche Wirkungen ihre Lehren und politischen Empfehlungen haben, und ich habe indirekt gefragt, ob die Ökonomen eine neue Ethik brauchen.

Um die mangelnde Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft zu verdeutlichen und herauszufinden, wie die künftige Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften durch die Ökonomen eingeschätzt wird, habe ich die Mondlandung als Leistung der Natur- und Ingenieurwissenschaft hingestellt und die Auflösung des magischen Drei-, Vier- oder Fünfeckes als eine entsprechende Leistung der Ökonomen. Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, aber kein Referent oder Diskutant mochte bekennen, daß den Ökonomen die Mondlandung möglich wäre. Dabei mußte eigentlich klar sein, da ich auf der Basis einer genannten Schule argumentierte, daß ich die Mondlandung der Ökonomen für möglich halte. Und für Ökonomen, die noch ein Gespür für Ihre Verantwortlichkeit oder für jene, die noch einen Funken von Forschergeist in sich haben, gilt es herauszufinden, ob hinter einer solchen Einschätzung verwertbare Erkenntnisse oder prahlerische Anmaßung steht.

In der Podiumsdiskussion wies Prof. Rudolf Hickel nicht ohne Stolz in der Stimme darauf hin, daß die Alternativgutachter auch ohne gesetzgeberische Weihen und staatliche Finanzierung gute Arbeit leisten. Prof. Ernst Helmstädter (Mitglied des Sachverständigenrates) konterte mit dem Hinweis, daß die Alternativgutachter ja auch Beamte seien und den Hochschulapparat zur Verfügung hätten. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Freiwirtschaftsschule ihre Arbeit völlig ohne öffentliche Mittel und oft im Widerstand gegen den offiziellen Wissenschaftsbetrieb geleistet haben und als Dank Spott und Hohn geerntet haben.

Prof. Kurt Rothschild wies zwar darauf hin, daß etablierte Ökonomen auch um die Anerkennung ihrer Erkenntnisse und Lehren kämpfen müßten, gestand aber zu, daß die Freiwirtschaftsschule unter erheblich schwierigeren Bedingungen arbeiten müßte.

Mit diesen Aussagen von Betroffenen wurde m.E. auf eine wichtige Ursache für mangelnde Effizienz der Ökonomen hingewiesen. Freiheitlich orientierte Ökonomen weisen doch immer wieder auf den Wettbewerb als Stimulansmittel von Leistung hin. Definitionsmerkmale von Wettbewerb sind aber die Freiwilligkeit der Teilnahme, die Chancengleichheit und die Fremdbeurteilung der erbrachten Leistung. Ich denke, daß es in diesem Punkt viel zu analysieren und in bezug auf die Verfassung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften viel zu reformieren gibt.

So wie es sich mit vollem Bauch gut über den Hunger diskutieren läßt, so lassen sich auch leicht aus Professoren-Wohlhabenheit heraus wirtschaftspolitische Maßnahmen empfehlen, die zu Lasten anderer gehen. Im Rausch der großen Zahl und bei der Griffigkeit oder verhüllender Abstraktheit wirtschaftspolitischer Empfehlungen wird häufig vergessen, daß jeder

Prozentpunkt bei den Zinsen, Steuern, den Zwangsversicherungen und der Inflation nach oben oder unten die materielle Basis der einzelnen Menschen berührt wird. Die Vorgänge in diesen Bereichen haben oft den Charakter von Diebstahl, Raub und Entmündigung.

Helmut Creutz hat dieses mit eindrucksvollen Tabellen in der Arbeitsgruppe belegt. Und Ich habe an Helmstädter gewandt gesagt: Wenn die Zinsen für die Eigenheimfinanzierung die Höhe der Arbeitslosenhilfe erreichen und man keine Möglichkeit hat, sich über die Runden zu mogeln, dann bleibt einem nur der Strick oder der Weg in den Terrorismus, denn nicht einmal verkaufen können die Betroffenen in der jetzigen Wirtschaftslage ihre Häuser. Ich habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß es für mich keine Erleichterung wäre, daß ich die Zinsen an die BFG zahlen müßte. Dies sollte kein Seitenhieb auf Gewerkschaften und ihre Unternehmen sein, sondern signalisieren, daß ich Problemlösungsansätze gemeinwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Art in Bezug auf den Zins nicht sehe. Und die Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Bankensystemes bringt auch nichts als weitere Probleme.

Um zu verdeutlichen, daß ich nicht einseitig Arbeitnehmer- oder Arbeitgeber- Interessen vertrete, habe ich an einer Stelle gesagt, daß ich als jetziger Erwerbsloser ein potentieller Arbeitnehmer oder Unternehmer sei. Daß dieses nicht Rollenfixiertsein Verwunderung auslöste, ist nicht mehr verwunderlich, wenn man die Unklarheiten im Gebrauch der Begriffe von Kapital und Arbeit, von Arbeitnehmer und Unternehmer berücksichtigt. Es löst bei Funktionären der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisationen existenzielle Ängste aus, wenn sie sich Arbeitnehmer und Unternehmer als nicht rollenfixiert vorstellen sollen, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer als frei gedachten Gesellschaft wäre.

Weil in der Regel weder die marxistischen noch die bürgerlichen Ökonomen eine realitätsnahe Kapitalismusanalyse haben, können sie auch nicht sehen, daß Arbeitnehmer und Unternehmer meistens (vom funktionslosen Investor) ausgebeutete Ausbeuter sind. Ausbeuter sind sie insofern, weil für ihr Kapital beide Gruppen eine Rendite verlangen. Und in Bezug auf Ausbeutung besteht zwischen einem Sparbuch von DM 5000 und einer Produktionsanlage von 50 000 nur ein quantitativer und kein qualitativer Unterschied. Der Zins, die Rendite oder Kapitalertrag geht in jedem Fall zu Lasten des Arbeitsertrages. Da aber trotz gegenteiliger Behauptungen nur der Mensch im ökonomischen Sinn arbeitet, liegt hier eine Ursache für soziale Unruhen. Die kleinen Kapitalisten arbeiten gegen die eigenen Interessen, wenn sie das Zinssystem stützen, da sie in allen Preisen Zintribut an andere Kapitalisten leisten. Helmut Creutz hat errechnet, daß ein Haushalt etwa über das Vier- bis Fünffache seiner jährlichen Ausgaben als zinsbringendes Kapital verfügen muß, wenn er nicht mehr zu den Verlierern dieses bösen Renditespiels gehören will, das auch eine der Ursachen für die ökologischen Fehlentwicklungen ist. Alle diejenigen, deren Kapitalmasse jenseits dieser Grenze liegt - und das sind etwa 10 bis 12 % der Haushalte - gehören zu den Gewinnern und werden also ohne Mühe immer reicher.

Hier wird nun nicht für eine marxistische Sozialismuslösung argumentiert, sondern für die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Es ist auch nicht so, daß diejenigen böse sind, die Geld gegen Zinsen verleihen, genausowenig wie diejenigen, die Subventionen oder die Sozialversicherungen nutzen, sondern unverantwortlich handeln jene, die aus theoretischer Rechthaberei oder aus einem Machtstreben heraus untaugliche Instrumente und Strukturen im sozialökonomischen Bereich stützen und bessere Lösungen verhindern.

Es ist meines Erachtens eine viel zu wenig beachtete Tatsache, daß herrschende, entthronte und auch untaugliche Theorien laufend Bewußtseinspaltungen im rechtlich-ethischen Bereich

der Menschen hervorrufen. Z.B.: Weil die die Realität prägenden Theorien keine sanften und ehrlichen Konfliktlösungsstrategien bei der Ausbalancierung der zum Teil gegensätzlichen Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entwickelt haben, dürfen Streik und Aussperrung nicht mehr als das bezeichnet werden, was sie sind, nämlich Erpressung, Nötigung und Vertragsbruch, Instrumente des kalten Bürgerkrieges..

Eine Ökonomie, die Ehrlichkeit bei der Ausfüllung von Arbeitslosenhilfeanträgen etc. oder bei der Abgabe von Steuererklärungen zu einer Narretei degradiert, ist unmoralisch und gemeinschaftszerstörend.

Eine Ökonomie, die Wirtschaftsbürgern keine Wahlmöglichkeit bei der Erwerbsarbeit und die es zum Glücksfall werden läßt, ob der Erwerbstätige seine Arbeit in Übereinstimmung mit seinen Wertvorstellungen leisten kann, die zudem einem Teil der Bürger keine Erwerbsmöglichkeit gibt, diese z.T. sogar zu Bettlern macht (Der Status und die materielle Ausstattung von Sozialhilfeempfängern ist nicht wesentlich besser.), ist demütigend, entmündigend einfach verfassungswidrig.

Sicher Ist es falsch, alle Schuld an den desolaten Zuständen des Bereiches unserer Gesellschaft, den wir Wirtschaft nennen, den Ökonomietheoretikern zuzuweisen, zumal nicht auszumachen ist, ob die Verwirrung in der Ökonomie durch Erkenntnismängel oder auf gezielte Desinformation beruht. Die Ökonomen haben sich aber zu ihrem Teil an der Gesamtschuld zu bekennen, wenn sie sich als erwachsene Menschen, als sittliche Wesen verstehen.

Prof. Johan Galtung hat aufgezeigt, wie die Ökonomen mit Hilfe der Philosophie und der Beschäftigung mit anderen Kulturen die notwendige Distanz zur eigenen Wissenschaft bekommen können, und wie man sich davor bewahrt, Alibitheorien für die Ansprüche der Mächtigen und die politischen Fehlleistungen von Demokraten zu produzieren.

Ich habe Frau Sigrid Matern-Rehm nach ihrem Referat gefragt, ob die Fähigkeit zum Wandel der Wirtschaftswissenschaft einem Wunschdenken entspricht. Wenn nicht: Was muß geschehen, damit der Wandel eintritt und von Dauer ist.

Sicher hilft es dem Ökonomen weiter, wenn sie der Empfehlung Poppers folgen und nicht mehr ihre eigenen Theorien verteidigen, sondern sie selber angreifen.

Ich habe gefragt, wie wir es schaffen, die Demut des Wirtschaftswissenschaftlers zu belohnen, denn sie scheint mir eine bessere Voraussetzung für die Qualität ihrer Arbeit zu sein als die Eitelkeit und der Hochmut.

Sicher können Ökonomen bei der Entwicklung von Methoden, die die Fallstricke im Erkenntnisprozeß besser erkennbar machen, mitwirken. Auch könnten es Ökonomen zur Ehrensache erklären, daß die Voraussetzung für den Zugang zur Lehre und Forschung eine vielseitige Praxiserfahrung ist, und daß die Verbindung zur praktischen Ökonomie später nicht total unterbrochen wird.

Nur den Beamtenstatus - als Möglichkeit völlig am Bedarf der Studenten und der Bürger außerhalb der Hochschulen vorbeizuproduzieren - wird man ihnen von außen nehmen müssen, denn ein freiwilliger Verzicht wäre wohl eine menschliche Überforderung.

(Abschrift 2/2001, TA)

## Dringlichkeitsantrag

gemäß § 8 (5) der Satzung des Bundesverbandes der G R Ü N E N

### *Große Untersuchung (Hearing) nach der Bundestagswahl*

*zur Situation der Arbeit*

Die Bundesversammlung der GBÜME» in Stuttgart-Sindelfingen (15./16. Jan. 85) beauftragt die grünen Mitglieder des zu wählenden 10. Bundestages (ersatzweise den Bundesvorstand) umgehend nach der Bundestagswahl in Verbindung mit weiteren Bundestagsfraktionen oder alleine eine große Anhörung (Hearing) von Fachleuten unterschiedlichster Ökonomieschulen durchzuführen.

Es soll damit versucht werden, neue Erkenntnisse als Basis einer neuen Politik zu Tage zu fördern.

Folgende Fragen drängen nach einer Antwort:

1. a) Wodurch wird die Arbeitslosigkeit verursacht?  
b) wie kann die Arbeitslosigkeit unter Beachtung der nachfolgenden Aspekte behoben werden?
  - ökologisch, sozial, dezentral, gewaltfrei
  - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
  - Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht
2. a) Sind die Automatisierung, Rationalisierung und die Arbeitszeitverkürzung nur deshalb Probleme, weil wir eine ungleichgewichtige Einkommens- und Vermögensverteilung haben?  
  
B) Wenn ja; Was ist zu tun,
  - damit sich eine leistungsgerechte Einkommens- und Vermögensverteilung einstellt;
  - damit Verkürzungen der Erwerbsarbeit ohne Verarmung der arbeitenden Menschen möglich wird,
  - damit Automatisierung eine willkommene Befreiung von menschenunwürdiger Arbeit ermöglicht und somit Zeit für Kultur, Sport und Politik gewonnen wird?
5. a) Verursachen die Rentabilitätsansprüche des Kapitals (Zinswirtschaft) einen Wachstumszwang und eine Verschwendungswirtschaft?  
  
b) Wenn ja: Wie ist dieser Zusammenhang aufzulösen? Läßt sich der Rentabilitätsanspruch Innerhalb der Marktwirtschaft auflösen?
4. Wie muß die zukünftige Bildungslandschaft (einschließlich jener der Berufsbildung) gestaltet werden,
  - damit alle Jugendlichen eine gleiche Chance zum Aufbau einer selbstbestimmten Existenz erhalten,
  - damit die Bildungseinrichtungen menschenfreundlicher werden,
  - damit unser Bildungssystem in Einklang gebracht wird mit dem Grundrechtekatalog unseres Grundgesetzes?
5. Wodurch entstehen unter den Arbeitslosen besondere Problemgruppen wie Jugendliche, Frauen, Behinderte und ältere Arbeitnehmer?

Mit der Organisation und Dokumentation wird eine geeignete (erfahrene und neutrale) Institution beauftragt, die zu diesem Zweck arbeitslose Wissenschaftler im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einstellt.

Die Finanzierung erfolgt - wenn keine Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stehen - aus Mitteln der Wahlkampfkostenrückerstattung der Bundespartei DIE GRÜNEN.



Rendite die Investitionen und die Nachfrage blockieren kann.)

Die Macht des Kapitalismus wurde dann vorübergehend mit der Einführung der keynesianischen Fiskalpolitik (Prof. Schiller / Große Koalition) gebremst. Die Folge dieser Politik war aber schon am Beginn der sozialliberalen Koalition voraussehbar. Es entstand der neue Begriff "Stagflation", eine Wortkombination aus Stagnation und Inflation.

Muß nun nicht die Koalition aus CDU/CSU und FDP genauso scheitern wie die Vorgängerin, wenn sie nicht die Kraft hat einen neuen Ansatz in der Wirtschaftspolitik zu finden und durchzusetzen? Wir wollen nun die Verdienste von Prof. Milton Friedman, der z.Zt. die Politik mehrerer westlicher Länder beeinflusst, gar nicht herabsetzen, nur da auch er die Strukturfehler der Marktwirtschaft beibehält, kann man mit ihm auch nicht von einer Kapitalwirtschaft zu einer Arbeits- und Sozialwirtschaft gelangen.

#### *Alternativen - 2 -*

Wer an den Thesen "Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" (Godesberger Program der SPD und linksliberale Position) und "Vorrang des Kapitals vor der Arbeit" (10 Thesen E. Albrecht CDU und rechtsliberale Position) sich orientiert, kann keinen konstruktiven Beitrag zur Lösung unserer sozialen und ökonomischen Probleme liefern.

Es geht heute darum den VORRANG der ARBEIT vor dem KAPITAL durchzusetzen. Es muß das Grundrecht der Arbeitenden auf den vollen, nicht mehr durch den Kapitalertrag gekürzten Arbeitsertrag endlich verwirklicht werden.

Tatsache ist:

Bundeskanzler Helmut Kohl kann seine Wahlkampfversprechen gegenüber jungen Leuten nicht einhalten.  
Die Arbeitslosigkeit steigt und wird im Winter einen neuen Rekordstand erreichen.

Die Zahl der Unternehmensbankrotte ist gegenüber 1982 gleich hoch.

Die Staatsverschuldung steigt weiter, kaum langsamer als unter der alten Regierung.

Die noch im Vorjahr von der CDU angegriffene Hochzinspolitik, die vor allem Kleinunternehmen, Handwerkern, Bauern und priv. Bauherren das wirtschaftliche Genick bricht, wird nun von der selben CDU fortgesetzt und mit der Bindung an die USA erklärt.

Die Krise soll durch Sozialabbau auf Kosten der kleinen Leute zugunsten der Kapitaleigner beendet werden.

Der einzige Pluspunkt, die Reduzierung der Inflationsrate von 5 - 6% auf 3% pro Jahr (m.a.W. - die Reduzierung des staatlich organisierten Betruges an Sparer), ist letztlich ebenfalls ein Mißerfolg, weil unter der gegebenen Geldverfassung, die Reduzierung der Inflationsrate wie eine Deflation wirkt.

Bei sinkendem Inflationsdruck und sinkender Kapitalverzinsung steigt die Kassenhaltung und fällt die Investitionsbereitschaft.

Gewinne werden dann nicht mehr investiert, sondern allenfalls in hochverzinslichen Staatsanleihen angelegt, die zur Finanzierung ökologisch gefährlicher Großprojekte wie Schneller Brüter, Main-Donau-Kanal oder zur Beschaffung friedensgefährdender Rüstung dienen.

Was genauso gefährlich ist: Gewinne werden in einer solchen Situation gehortet. Denn wer Geld hortet, der sperrt Arbeiter aus. Geld in Wartestellung hält keine Nachfrage nach Waren und keine Nachfrage nach Arbeitskräften!

Wartendes Geld würgt die Wirtschaft ab! Das Geld muß rollen, weil wir leben wollen!

Der Volksmund weiß das übrigens. Im Kinderlied heißt es; "Taler, Taler, du mußt wandern, von dem einen zu dem anderen." — Wissen das ausgerechnet die Politiker, Banker und Ökonomen nicht?

x Daimler-Benz verdiente 1981 an Zinserträgen mehr als an der	x
x Autoproduktion und Kuweit, reichster Staat der Erde, bezieht	x
x heute mehr Einnahmen aus Zins als aus der Erdölförderung.	x
x Umgekehrt: AEG mußte 3,9 Mrd. DM Zinsen an die Banken zahlen,	x
x dreimal mehr als Steuern im gleichen Zeitraum an den Staat.	x

Gibt es überhaupt einen Lösungsweg für unser Geldzirkulationsproblem oder fordert der Volksmund etwas Unmögliches?

Vor 50 Jahren hat ein Mann aus dem Volk, der Eisenbahner Michael Unterguggenberger als Bürgermeister der Stadt Wörgl / Tirol der Welt gezeigt, mit welch einfachen Mitteln die Forderung des Volksliedes

*Alternativen* - 3 -

zu erfüllen und eine schwere Krise zu beheben ist. Auch wir befinden uns wie die Menschen von 1932 / 33 in solch außergewöhnlicher Lage. Zu den wirtschaftlich gerade noch "erträglichen" 2,5 Millionen Arbeitslosen heute (damals 6,5 Mio.) kommt die drohende Umweltkatastrophe und der mörderische Rüstungswettlauf. (Wieviele Millionen wären ohne

Rüstung arbeitslos?)

Unsere Lage erfordert und rechtfertigt außergewöhnliche Maßnahmen!

Was können wir heute von dem Bürgermeister Unterguggenberger lernen?

Zum besseren Verständnis: Als Folge der großen Nachkriegskonjunktur (ab -1922/24) waren wegen der großen Kapitalbildung die Kapitalrenditen 1929 in den USA auf 5-2% p.a. gesunken. Das Investieren lohnte da nicht mehr. Im Gegenteil: Jede weitere Investition hatte wegen der zusätzlichen Kapitalbildung den Zins noch weiter gegen Null treiben. Daran sind Zinseinnehmer aber keineswegs interessiert.

Durch spekulativen Geldrückzug (Schwarzer Freitag 1929 und der folgende Bankenkrach) wurde die Krise ausgelöst. Krisen haben in der Kapitalwirtschaft den "Sinn" die für den Zins gefährlich hohe Kapitalbildung (Ergebnis der Arbeit der Bürger) wieder zu vernichten, denn knappes Kapital bringt hohen Zins. Die Kapital Vernichtung "funktioniert" durch Kriege optimal.

Durch die Verkettung Europas - besonders Deutschlands - mit den USA über die Goldwährung, die auch die SPD damals nicht antastete, wurde Europa in die Krise mit hineingerissen. Deflationspolitik und private Geldhortung machten das Geld funktionsunfähig, unterbrachen den Güter- und Leistungsaustausch und setzten immer mehr Arbeiter "frei".

In der industriellen Welt mußten 50 Millionen Menschen den Geldrückzug mit Arbeitslosigkeit bezahlen.

In dieser Lage hatte Unterguggenberger den Mut (in voller Übereinstimmung mit dem Rat der Stadt) das träge umlaufende Staatsgeld durch ein funktionsgerechtes örtliches Zahlungsmittel - Arbeitsbestätigungen genannt - zu ersetzen.

Mit dem Erfolg der Maßnahme bewies er, daß Geld eben nicht gleich Geld ist.

Dem Geld werden 3 Funktionen zu geordnet: 1. Tauschmittelfunktion, 2. Wertmesserfunktion und 3. Wertaufbewahrungsfunktion. Unterguggenberger hatte erfahren, das die 3. Funktion im Widerspruch zu den beiden ersten steht und das von ihm herausgegebene Geld so gestaltet, daß es nicht mehr zur Schatzbildung, zum Horten ohne Nachteile mißbraucht werden konnte.

Wodurch wurde dieses erreicht? Wer am Monatsende noch die Arbeitsbestätigungen in der Tasche hatte, mußte 1% des Nennwertes als Nothilfe Wörgl bezahlen und zwar in Form einer Marke, die auf ein Monats-



feld geklebt wurde.

Da niemand gern das Opfer bringen wollte, wurde vorher gekauft, Schulden getilgt und Steuern im Voraus bezahlt (Wo gibt es das sonst?). Genau das war doch der Sinn dieses rollenden Geldes!

Die Wirtschaft kam wieder in Schwung und nach 13 Monaten gab es 25% weniger Arbeitslose. (Das war wirklich ein Aufschwung - das sollte Helmut Kohl einmal studieren!)

Ohne Erhöhung der Steuern, ohne neue Schulden konnte Wörgl eine Brücke, Straßen und Straßenkanäle bauen. Die Medien sprachen damals vom "Wunder von Wörgl". Es war selbstverständlich kein Wunder, sondern die mutige Anwendung einer richtigen Theorie.

Als über 170 Gemeinden (halb Österreich) beschlossen ebenfalls dezentral umlaufgesichertes Geld auszugeben, da schritt die Hochfinanz ein und setzte das Verbot des rollenden Geldes durch.

#### *Alternativen - 4 -*

Heute ist man in Wörgl überzeugt, daß man sich Hitler in Österreich erspart hätte wenn die Experimente nicht unterdrückt worden wären. Hinter Unterguggenberger stand damals keine Massenbewegung (seine eigene Partei, die SPÖ, ließ ihn fallen, weil seine Maßnahmen bei Marx nicht vorgesehen waren), die die politische -Fortsetzung dieser Politik erzwang. Klar ist, daß damals in Österreich der Nerv des Kapitalismus getroffen wurde.

Vom 12. bis 15. Mai 1985 fand in Wörgl / Tirol ein Internationaler Wirtschaftspolitischer Kongreß 'unter dem Motto "Arbeit - Geldordnung - Staatsfinanzen" statt. Es wurden erneut die Erfahrungen des Experimentes aus dem Jahre 1933 ausgewertet, die zwischenzeitliche Entwicklung der ökonomischen Theorie beleuchtet und die Nutzenanwendung für unsere heutige soziale und ökonomische Lage beraten.

Der Ökonom Prof. Binn, der die Realität korrigieren möchte im Sinne einer Gleichgewichtswirtschaft in sozialer Gerechtigkeit, stellt fest, daß in unserer Zeit 40 bis 60% der von der Bundesbank ausgegebenen Banknoten gehortet würden.

Die Erhebung einer Geldsteuer (man denke an die Standgebühr, die von der Bundesbahn für Waggonen erhoben wird, die nicht innerhalb einer gesetzten Frist entladen wurden) betrachtet Binn als geeignete Maßnahme:

1. den Geldkreislauf steuerbar zu machen,

2. die Arbeitslosigkeit abzubauen,
3. die Konjunktur auf einem gewünschten Niveau zu stabilisieren,
4. einkommens- und verteilungsneutrale Finanzierungsquellen für das Soziale Netz zu erschließen und
5. die öffentlichen und privaten Haushalte finanziell zu entlasten.

### Was ist zu tun?

Wir dürfen uns nicht länger einreden lassen, daß unsere wirtschaftliche Lage natur- oder gottgewollt ist oder dadurch, entstanden sei, weil unsere Volkswirtschaft mit denen anderer Staaten verbunden sei.

Die hier nur angedeuteten Lösungsmöglichkeiten müssen von einer Vielzahl von Bürgern (sowohl von Laien wie von Fachleuten) geprüft und diskutiert werden. Hierzu ist es erforderlich von uns eine Literaturliste anzufordern. Hier und dort wird auch ein Referent vermittelt werden können.

Es müssen an vielen Orten Bürgerinitiativen entstehen, die das Thema aufarbeiten und die Ergebnisse verbreiten. Es muß letztlich so etwas entstehen wie eine Bürgerrechtsbewegung, denn nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht zu erwarten, daß unsere politischen Parteien ohne Druck durch die Wählerschaft ihre diesbezügliche Pflicht tun.

Wir erstreben keine Macht für uns oder jemanden anders. Da wir schon länger an diesen Fragen arbeiten, wissen wir, daß sinnvolle Arbeit für alle, gesunde Umwelt soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit in Frieden aus ökonomischer Sicht keine Utopie bleiben müssen.

Kontakt: Georg Otto. Kreistagsabgeordneter, 5221 Eberholzen  
Spendenkonto: G. Otto -Sonderkonto, PSA Hannover, Nr. 2500 42 ~ 303

(Informationsblatt für Georg Otto im Oktober 1983 von TA angefertigt.  
Abschrift Juni 2004, TA.)

# FRIEDEN schaffen !

Aber wie ?

10/83

Die BÜRGERINITIATIVE für soziale Gerechtigkeit,  
sinnvolle Arbeit für alle,  
gesunde Umwelt,  
Freiheit und Frieden +)

steht voll hinter den Kampf der Friedensbewegung

## gegen die A t o m r a k e t e n r ü s t u n g !

Pershing II und CruiseMisseles sind erstschlagfähige Waffen! Als solche erhöht ihre Stationierung in der Bundesrepublik die Gefahr eines Atomkrieges. Auch die Möglichkeit eines vorbeugenden Atom-schlages der Sowjet-Union nimmt dadurch zu.

Im Falle eines Atomkrieges würden die Bundesrepublik und die DDR zum atomaren Schlachtfeld und unser Volk atomar verheizt. Die wichtigste Aufgabe der Friedensbewegung ist daher im Augenblick die Verhinderung der Atomraketenrüstung, damit wir Zeit gewinnen, um weitere den Frieden sichernde Maßnahmen zu verwirklichen.

Dazu gehören der Kampf um eine atomwaffenfreie Zone,  
um beiderseitigen Rüstungsabbau,  
um Abbau der Militärblöcke in Ost und West.

So nötig all diese und weitere Schritte zur Friedenseicherung auch sind: Kann durch diese Schritte der Frieden wirklich dauerhaft gesichert werden? Diese Frage hat sich die Friedensbewegung bisher höchstens am Rande gestellt.

Was soll mit den Millionen von Soldaten und Rüstungsarbeitern geschehen, wenn wirklich Frieden erreicht werden könnte und es zum Abbau der Armeen und zur Stillegung der Rüstungsfabriken kommen würde? Auf diese Frage sind die Gewerkschaften und auch DIE GRÜNEN bisher die Antwort schuldig.

Können wir uns Frieden überhaupt leisten? Wir haben überall in der westlichen, privatkapitalistischen Welt trotz Millionen von Soldaten und Rüstungsarbeitern eine zunehmende Massenarbeitslosigkeit.

Allein in Westeuropa haben wir ca. 10 Millionen und in der Bundesrepublik schon über 2 Millionen Arbeitslose. Mit Sicherheit würde es bei uns ohne Bundeswehr und Rüstungsindustrie 4 - 5 Millionen Arbeitslose geben! Das wären bald soviel Arbeitslose wie vor Hitler. Würde

dann die durch allerlei "Demokratieschutzgesetze" schon angeknackte  
+) vorläufige Arbeitsbezeichnung  
Demokratie bei uns halten?

Offensichtlich ist unsere Wirtschaft für den Frieden völlig ungeeignet. Sie scheint nur für Zerstörung und Krieg zu "funktionieren". Wir haben zwar ein Kriegsdienstverweigerungsrecht - müßten wir nicht auch ein Recht zur Verweigerung von Arbeit in der Rüstungsindustrie haben? Aber, wer riskiert schon seinen Arbeitsplatz, wenn 2 Millionen vor der Tür stehen, um ihn zu besetzen?

An den wirtschaftlichen Fakten wird auch klar, daß es um die im Grundgesetz verbürgten Grundrechte recht windig aussieht. Müßte sich die Friedensbewegung und auch die Gewerkschaften nicht um eine Neuorientierung der Wirtschaft kümmern, um eine Wirtschaftsform, die es allen ermöglicht, sinnvoll und für friedliche Zwecke zu arbeiten?

Unsere Bürgerinitiative geht diesen Fragen nach und stellt folgende Thesen zur Debatte:

1. In der privatkapitalistischen Wirtschaft sind nicht die Lebensbedürfnisse der Menschen, sondern die Rentabilität des Kapitals oberstes Gesetz.
  2. Die Friedensproduktion vermehrt das Kapital und nach dem Marktgesetz senkt dies den Kapitalertrag. (Das Kapital macht sich gegenseitig Konkurrenz, der Zins sinkt - Marx sprach vom tendenziellen Fall der Profitrate -,)
  3. Bei einer Dauerkonjunktur muß logischerweise der Kapitalertrag auf Null sinken. Das wäre das Ende des Kapitalismus.
  4. Eine krisenfreie Wirtschaft steht somit im Widerspruch zu den Interessen des Großkapitals. Wird die Verzinsung des Kapitals als nicht ausreichend betrachtet, folgt eine größere Kassenhaltung (auch bei den Kleinkapitalisten), die Geldflucht ins Ausland und auch geplanter Geldstreik.
  5. Wer Geld einsperrt (d.h. seine- Tauschfunktion unterbricht), sperrt Arbeiter aus. Aus Angst vor einer unkontrollierbaren Krise weichen dann die Parlamente und Regierungen lieber in friedens- und umweltfeindliche Konjunkturprogramme aus.
  6. Der Ausweg besteht nicht in einer zentral geplanten und staatlich überwachten Verwaltungswirtschaft, sondern in einer ökologischen, dezentralen Kreislaufwirtschaft, die aufgrund eines zeitgemäßen Geldsystems ermöglicht wird.
- Wer mehr über unseren problemlösungsansatz erfahren möchte oder wer mit an der politischen Durchsetzung einer Vollbeschäftigung unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten arbeiten möchte, nehme Kontakt zu uns auf und fordere unsere Bücherliste an.

Verantwortlich und Anschrift: Georg Otto, 5221 Eberholzen, Telf. 05065/8152

## "Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?" Anmerkungen zu einer Dissertationsschrift von Anna Hallensleben

von Tristan Abromeit , ein Betroffener  
September 1984

Anna Hallenslebens Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde ist als Buch im Muster-Schmidt Verlag Göttingen in diesem Jahr erschienen. Der Preis von DM 35,- ist für viele Mitglieder der Grünen zu hoch, aber für 325 Seiten Text und 143 Seiten Dokumentation gerechtfertigt. Ich meine, jeder Orts- und Kreisverband sollte dieses Buch anschaffen. 1. Weil diese wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit der Grünen helfen kann, gegenwärtige Konflikte zu bewältigen. 2. Es wird deutlich, daß der Erfolg der GRÜNEN nicht vom Himmel gefallen ist, sondern daß immense Vorleistungen erbracht und erlitten wurden, auch von Freunden, die heute keine Mitglieder der GRÜNEN sind, weil sie einfach müde wurden, die programmatische Entwicklung nicht mehr mittragen konnten, weil sie ausgegrenzt wurden oder weil sie einfach das häufig menschlich-unmenschliche Klima in grünen Zusammenkünften nicht mehr ertragen konnten. Dieses Buch macht deutlich, daß wir Anlaß zur Dankbarkeit und zur Trauer haben. 3. Es wird deutlich gemacht, daß die GRÜNEN nicht von einer undifferenzierten Masse gestaltet wurden, sondern von einzelnen Individuen. In der Untersuchung werden drei Hauptakteure herausgeschält; Carl Beddermann, der verkannte Stratege und tragische Verlierer, Georg Otto, der unermüdlich Arbeiter, der etwas Verrücktes (nämlich einen Dritten Weg) will, damit auf Widerstand stößt und damit etwas Gutes, nämlich die Entwicklung der Partei, vorantreibt und -treibt; Helmut Lippelt, der Sieger, der durch Beredsamkeit und Zauberformeln versteht, die grüninterne Sprengkraft von gegensätzlichen Interessen und konkurrierenden Ideen zu mildern. Und ich füge hinzu: Er ist ein schelmischer Sieger, weil er es verstanden hat, seine persönlichen politischen Motive und Ziele nie offenbaren zu müssen. Den niedersächsischen Grünen wird Pionierleistung und eine bundesweit prägende Rolle bescheinigt. Wir sollten - und ich meine es nicht ironisch - z.B. auf einem Jahrestag der Gründung die genannten Akteure und weitere „Heldinnen“ und „Helden“ des Aufbaues einmal gründlich feiern. Wenn wir das nicht können, stellen wir uns ein Armutszeugnis aus. 4. Es gibt ja grüne Mitglieder und außenstehende Kommentatoren, die die Zweckbehauptung aufstellen, daß die GLU / DIE GBÜIEN sich von Anbeginn als Linkspartei verstanden haben. Diese Behauptung wird mit der vorliegenden Arbeit klar widerlegt. Die Impulse, die von Carl Beddermann und seinen Freunden ausgingen,

waren auf eine punktuelle, befristete parlamentarische Protestaktion ausgerichtet. Die Impulse die von Georg Otto und seinen Freunden (z.B. Hermann Müller, vom Lebensalter wahrscheinlich das älteste Mitglied der GRÜNEN, der den ersten Gründungsaufwurf unterschrieben hatte) ausgingen, waren von Anbeginn auf eine liberale und soziale dauerhafte Programmpartei ausgerichtet. Strittig war hier nur, ob programmatisch geschlossen (also mit Vorgaben) vorgegangen werden sollte oder programmatisch offen eine Sammlung unterschiedlicher Leute herbeigeführt werden sollte. Beide Wege hatten Vor- und Nachteile. Hans Kühn, als Verfechter der ersten Variante unterlag Georg Otto, der auf die Anziehungskraft seiner Ideen vertraute. Zu Unrecht wie wir heute wissen. Es ist gesondert nach den Ursachen zu forschen. Stichworte: Überforderung, mangelhafte Präsentation und Verleumdung.

5. Die Untersuchung macht auch klar, wenn wir als Partei und als politische Einzelbürger nicht scheitern wollen, dann müssen wir die von den ökolibertären Freunden begonnene Demokratiedebatte intensiv weiterführen und eine offene Ökonomdedebatte ohne wenn und aber endlich beginnen.

6. Anna Hallensleben geht auf Seite 92 auf den Kommunistischen Bund ein. Sie zitiert aus dem Arbeiterkampf vom 12.Juni 1973 den zitierten Lenin:

"Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Organisationen zu arbeiten ..." und

"Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste, vorsichtigste selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz; zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen."

"Diese Ausführungen, die auch in den Händen des GLU-Vorstandes gelangt waren, verstärkten noch die Furcht vor einer Unterwanderung durch den KB." heißt es bei Anna Hallensleben.

Meine Frage an die kolamunistischen und marxistischen Grünen ist: Ist das Lenin-Zitat nur Literatur aus vergangener Zeit oder ist es Euer heutige Haltung und Strategie. Wie kann ich herausfinden, ob Euer Nein ein Nein ist, denn ein Ja zu sagen ist Euch ja gar nicht möglich»

7. Einige Zitate aus den Schlußbetrachtungen;

"Aus der Geschichte der GLU wird deutlich, daß die Partei DIE GRÜNEN ohne ein ausgereiftes ökologisches Wirtschaftskonzept ihre ideologische Unsicherheit und ihre Berührungängste bei der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen oder Parteien nicht verlieren wird." ... (S.263)

"Entwickeln DIE GRÜNEN ein sozialistisches Wirtschaftskonzept, ist nicht zu erwarten, daß sich ihre Basis vergrößert, da der Basiskonsens mit der bestehenden Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland (...) groß ist." ...

"Durch eine dogmatische Durchsetzung basisdemokratischer Prinzipien in der eigenen Organisation können DIE GRÜNEN Macht verlieren, ihre Kontrollfunktion schmälern und den eigenen Initiativen Fesseln anlegen." ... (S.264)

"Der Begriff Basisdemokratie hat anscheinend in erster Linie eine Beruhigungsfunktion für die Mitgliederbasis."

"Dieser Anspruch auf die 'bessere Moral' wird auch von den GRÜNEN erhoben und kann deren Überlegenheitsgefühl anderen Parteien gegenüber erklären." (S.265)

"Solange DIE GRÜNEN mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen haben, werden sie wahrscheinlich an Organisationsprinzipien wie den Rotationsprinzip, dem Ämterkumulationsverbot etc. festhalten, da dies eine Möglichkeit bietet, sich in der Öffentlichkeit von den 'etablierten Parteien' abzusetzen." ....

"... Auf eine personelle Kontinuität sollte daher bei den GRÜNEN geachtet werden." (S.266)

Solange noch innerparteiliche Demokratie, Durchschaubarkeit, Offenheit, Respekt vor den Wählern und Wirkungskontrolle Dinge sind, die von den Mitglieder der GRÜNEN gefordert werden, solange sind wir Grünen auch auf Fremdbeobachtung und -beurteilung durch die politischen Schriftsteller und die Sozial- und Politikwissenschaften angewiesen.

Im März 1979 in Frankfurt in der Gründungsversammlung der SPV Die Grünen hat ein wissenschaftliches Institut Fragebogen ausgeteilt, um empirisches Material für eine soziologische Aussage über das Phänomen der grünen Parteibildung zu sammeln. Aus hysterischer Angst, das Material könnte zum Schaden der Grünen angewendet werden, wurde die Befragung abgeblockt. Ich habe dies immer bedauert. Um so erfreuter bin ich darüber, daß Anna Hallensleben aus ganz eigenartigen Motiven heraus ihre große Arbeit für die Gemeinschaft

der Ökologen und der Demokraten insgesamt geleistet hat. Wem Freiheit und Rationalität noch etwas bedeuten, sollte sich dafür stark machen, daß Nachfolgeuntersuchungen von den GRÜNEN gefördert werden.

Die Methode, die Anna Hallensleben für ihre Untersuchung angewandt hat, kann natürlich nicht die ganze Wirklichkeit widerspiegeln. Sie beansprucht auch nur, "ein Mosaikstein zur Erfassung der neuen politischen Strömung in der Bundesrepublik Deutschland" geliefert zu haben.

Wir haben keinen Grund, ihr vorzuwerfen, sie hätte durch Heraushebung von einzelnen Personen eine Führungselite konstruiert. Der Teil an Aufbau der Partei, der gesprächsweise, telefonisch, schweigend und praktisch handelnd (z.B. Plakate aufhängend, Infos verteilend) geleistet worden ist, ist im Nachhinein nur schwer von der Analyse erfäßbar. Mein Name z.B. taucht in der Arbeit nur auf, weil ich die programmatische Schrift "Der Dritte Weg ..." verfaßt habe, nicht wegen meiner anderen Leistungen, die ich in anderer Form erbracht habe. Viele Freunde wären sicher zu nennen gewesen, die mehr als ich für die GRÜNEN getan haben. Dies alles berührt den Bereich der Eitelkeit, aber nicht den der Aussage der Dissertation.

Zwei Bereiche wurden von Anna Hallensleben aber nicht richtig erfaßt und beschrieben:

a) das Prinzip der Vielfalt in der Einheit, das insbesondere von Wilfried Heid vom Achberger Kreis bei den bundesweiten Einigungsbemühungen propagiert wurde.

Während die Logik und Wirkung der von Bedderaann gewollten Ein-Punkte-Protest-Partei von der Autorin gut beschrieben wurde, hat sie die Logik der Vielfalt in der Einheit anscheinend gar nicht begriffen. Die Logik der Eispunkte-Partei ist, wie sie Hans Kühn beim Gründungsversuch "Partei des Lebens" formuliert hat: Partei des Lebens, "weil hierdurch der größtmögliche gemeinsame Nenner besteht, der nach mathematischem Vorbild alle Brüche addieren und vereinigen kann." Die Logik der Vielfalt in der Einheit ist eine Erweiterung. Ein oder mehrere unstrittige Punkte sind der gemeinsame Nenner für die politische Handlungsgrundlage möglichst vieler Menschen. Da es aber heute nicht nur ein Problem bzw. wenige Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen gilt, läßt man Lösungsansätze, die nicht konsensfähig sind frei nach innen oder außen miteinander konkurrieren bis sich konsensfähige Lösungen herauskristalisieren. Dieses Verfahren setzt aktive Toleranz voraus, die ein Minimum an Zweifel an der eigenen Problemlösung einschließt.



Dieses Prinzip - richtig verstanden und angewandt - ermöglicht eine starke politische Expansion bei gleichzeitiger produktiver Problemlösungssuche. Es erspart innerparteiliche Grabenkämpfe und Blockierungen. Ein Großteil der heutigen internen Probleme der GRÜNEN ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Mitglieder die Vielfalt in der Einheit nur als intellektuelle Spielerei ohne praktischen Nutzen aufgefaßt hat und Mitglieder mit autoritären Denkstrukturen das Prinzip durch Übergehen des Satzungsgebotes aktiv bekämpft haben.

b) Das, was mit den Begriff "Dritter Weg" ausgesagt werden soll, wurde von Anna Hallensieben nicht studiert und hinterfragt. Meine Schrift "Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung" wird zwar angeführt. Die Beurteilung des Anliegens läßt aber darauf schließen, daß der Text flüchtig überflogen wurde. Nun entstehen ja Dissertationen in Kontext mit Vertretern von Universitäten, die somit auch etwas über den Stand der betreffenden Wissenschaften aussagen. Eine Ermahnung zur Korrektur des Urteils über den freiwirtschaftlich geprägten Dritten Weg konnte wohl vom Doktorvater oder anderen Korrektoren nicht vorgenommen werden, weil man in Göttingen nicht informiert ist oder damit beschäftigt ist negative Vorurteile zu tradieren. Wohl gemerkt, ich kritisiere nicht, daß über die teilweise schlechte Resonanz berichtet wird, die die programmatischen Bemühungen des Arbeitskreises Dritter Weg NWO erfahren haben, sondern ich kritisiere das Urteil der Analytikerin das ohne Analyse erfolgte. Für die Dissertation mußte die Verfasserin eine Unmenge Informationen verarbeiten, so daß es verständlich ist, daß sie mit einer Vertiefung in die Literatur um den Dritten Weg überfordert war. Das ist nicht zu bemängeln, denn für die Untersuchung hätte es genügt, zu sagen, da sollte etwas von einer der beiden Gründergruppen inhaltlich eingebracht werden, was nicht verstanden wurde und teilweise auf Widerstand gestoßen ist. Mit einer unbegründeten und undifferenzierten Kritik (sie addiert die beiden Dritte-Weg-Gruppen innerhalb der Grünen einfach zu einer Einheit) am Dritten Weg -und mit Schlenkern auch an die Freiwirtschaftsschule - begibt sich die Autorin aber unnötigerweise in die Nähe linker und rechter politischer Agitation. Besonders der Satz, "Die Nationalsozialisten forderten auch die 'Brechung der Zinsknechtschaft' und eine Bodenreform." dient nicht einer sachlichen Auseinandersetzung.

1. Die Themen mußten von den Nazis aufgegriffen werden, wenn sie Stimmen bekommen wollten, weil dahinter reale und nicht erfundene Probleme stehen.
2. Bei den Nationalsozialisten war Gottfried Feder der Spezialist für diese Themen und Gesell und seine Schule wurden von ihm hart bekämpft.
3. Wurde jener Teil der National Sozialisten, die es ernst meinten mit ihrem Sozialismus nach der Machtergreifung kaltgestellt oder umgebracht.

4. Das Zins- und das Bodenrechtsproblem ist kein neues Problem, es ist Jahrhunderte alt, die Marxisten können darüber auch bei Marx nachlesen.

5. Die liberalen Bodenrechtsreformer !

unterscheiden sich von marxistischen Revolutionären dadurch, daß sie nicht ein Unrecht mit einem neuen Unrecht lesen wollen.

6. Die freiwirtschaftliche Schule will den Zins nicht "abschaffen" z.B. durch Verbote, wie es die Kirchen jahrhundertlang versucht haben, sondern sie erkennt an, daß der Zins ein Preis für die Überlassung von Liquidität ist und will diesen Preis durch Freilegung der Marktkräfte so runterdrücken, daß er um Null pendelt und damit seine negativen Wirkungen auf Einkommen, Vermögensverteilung und Umwelt verliert.

7. Das Thema Zins ist ein Tabuthema. Gunnar Heinsohn (Prof. an der Uni Bremen! weist in "Zins, Hexen, Habermas" (veröffentlicht in "Neue Praxis", 2. Quartal 84, darauf hin, daß unsere Gesellschaft das Thema Zins in vielfältiger Form täglich beschäftigt und beeinflusst, daß es aber nicht offen diskutiert wird und das Phänomen auch nicht wissenschaftlich untersucht wird. In dem jüngsten zweibändigen Werk mit 1166 Seiten, das Jürgen Habermas unter dem Titel "Theorie des kommunikativen Handelns" veröffentlicht hat, käme im Inhaltsverzeichnis das Wörtchen Zins nicht vor. "In der aus vielen hundert Titeln zusammengesetzten Literaturliste findet er Arbeiten, die ihn die gefürchtete Gottheit Zins erklären könnten, ebenfalls nicht."

Der Begriff "Dritter Weg" ist nicht eindeutig definiert und wird von unterschiedlichen Gruppen mit unterschiedlichen Zielsetzungen verwendet. Die Chinesen haben ihn schon verwandt und auch die Junge Union. Verkürzt kann man sagen, daß Leute, die diesen Begriff verwenden, ihre eigene Gesellschaft anders gestalten möchten als nach amerikanischen und russischen Vorbildern. Der Begriff selbst ist in dem Arbeitskreis Dritter Weg, der sich mit Zusätzen wie NWO (= Natürliche Wirtschafts- : Ordnung) oder "liberalisoiabler" vom Achberger A3.W unterscheidet, ! umstritten. Hans Kühn schreibt in einem Brief vom 28.2.82: 1

"Der Mensch kann nicht mehr, als in seiner bipolaren Lebens- und : Daseinsgrundlage gleichfalls instinktiv und verstandesmäßig bipolar empfinden. Die vertrackte Dreipunktaufhängung, die sich eingeschlichen hat, findet ihren Ursprung in transzendenten, okkultischen Vorstel- : lungen, die zwar geglaubt, nicht aber gefühlt, gewußt und bewiesen werden können. ..."

Da wir mit Walter Eucken davon ausgehen, daß es neben der Zentralverwaltungswirtschaft und der Markt- bzw. Verkehrswirtschaft keinen weiteren reinen Wirtschaftsordnungstyp gibt, kann man unsere Benühungen auch als eine Emanzipation der Marktwirtschaft vom Kapitalismus beschreiben. Grundlage dafür ist eine andere Kapitalismusanalyse als jene von Marx.

Für die Freiwirtschaftsschule ist Freiheit und soziale Gerechtigkeit kein unauflöslicher Widerspruch. Soweit versucht wurde, diese Erkenntnisse mit politischen Parteien umzusetzen, drückt sich der Anspruch auch in den Namensgebungen aus: Radikalsoziale Freiheitspartei, Liberal Sozialistische Partei, Freisoziale Union, Liberal-Soziale Partei.

Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" wurde in der von dem Freiwirt Otto Lautenbach gegründeten Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft geprägt. Hier arbeiteten Ordo-Liberale und Freiwirte zusammen. Einer der Veröffentlichungen aus der Frühzeit dieser Aktionsgemeinschaft hieß "Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft". Mit dem Tod Lautenbachs setzten sich die restaurativen Kräfte in der Aktionsgemeinschaft durch. Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" wurde verfälscht und ist heute Etikettenschwindel.

Es gibt aber auch Gegenbeispiele: Der Schweizerische Notenbankpräsident soll seine berufliche Laufbahn damit begonnen haben, daß er einen Verein führte, der zur Bekämpfung freiwirtschaftlicher Umtriebe gegründet worden war. Heute soll er das Studium freiwirtschaftlicher Literatur als Beitrag zu Problemlösungen dringend empfehlen. Anna Hallensleben zitiert Georg Otto mit nachfolgender Textstelle als seine Vorstellung der Realisierung des Dritten Weges. Sie kommentiert den Text mit; "eine irrealistische Vorstellung" (8.56)

"Im Grund genügt es, der Notenbank die Befugnis zu geben, immer dann einen Teil der ausgegebenen Geldserien gegen eine Umlaufgebühr in neue Serien umzutauschen, wenn sie durch Beobachtung des Preisindex feststellt, daß ein Teil der von ihr ausgegebene Geldmenge nicht bestimmungsgemäß umläuft. Sinkende Preistendenzen würden ihr dies vermitteln. Die Ankündigung der Auslosung einiger Serien mit angemessener Frist für alle Wirtschaftsteilnehmer, die es diesen ermöglicht, etwaige Geldhorte bestimmungsgemäß den Märkten zuzuführen, würde ausreichen, den Preisindex wieder auf Normalhöhe zu bringen und ein weiteres Abrutschen der Wirtschaft in eine Krise zu verhindern."

Daß eine kleine technische Änderung in unserem Währungssystem eine große Änderung unseres Wirtschaftssystems bewirken soll, kann wohl nur der nachvollziehen, der sich vorstellen kann, daß eine mit riesigen Aufwand betriebene Mondlandung an einer kleinen defekten Schraube scheitern kann.

Ottos Satz verteidigt man nur dann richtig, wenn man etwas von Währung und Marktwirtschaft versteht.

Abschrift: Juni 2004 T.A.

An Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN mit der Bitte UM Unterstützung des nachfolgenden Antrages durch Unterschrift. Vorlage kopieren und an andere Freunde weiterreichen.

Unterschiedene Anträge sofort zurück an Erstunterzeichner:  
Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 3, 3057 Neustadt 1 / 12.4.1985

## *Mitglieder- Antrag*

gemäß § 8(5) der Bundes Satzung der GRÜNEN zur Abstimmung auf

der nächsten *Bundesversammlung*

Thema: *Arbeitslosigkeit*

Die BÜNDESVERSAMMLUNG der GRÜNEN beschließt:

In Anbetracht daß die ARBEITSLOSIGKEIT

- für die meisten Erwerbslosen ein menschenunwürdiger Zustand und für viele von Ihnen ein dauernder wirtschaftlicher und psychischer Notstand bedeutet;
- für einen Großteil der Arbeit.splatzinhaber einen erhöhten Leistungs- und Anpassungsdruck erzeugt und die Arbeitsplatzwahl einschränkt;
- für viele selbständig Berufstätige eine dauernde Existenzbedrohung ist;
- für die öffentlichen Haushalte eine steigende finanzielle Belastung bedeutet;
- für fragwürdige oder gar gefährliche Investitionen als Reichtigung erhalten muß, wenn damit auch jeweils nur wenige Arbeitsplätze Geschaffen werden;
- von den Wählern als das Problem Nr. 1 vor der Umweltbedrohung und der Kriegsgefahr angesehen wird
- und mit dem Willen einen Beitrag zum Abbau der (aus der Sicht der Wähler vorhandenen) wirtschaftspolitischen Inkompetenz der GRÜNEN zu leisten,

trifft die Bundesversammlung folgende Entscheidung:

1. Die Bundes-Abeitsgemeinschaft Wirtschaft erhält den Auftrag, die folgenden Aussagen der Freiwirtschaftsschule zu prüfen:

- x die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule sagt,
- x daß mit einer von ihr beschriebenen neuen Währungsverfassung
- x die Arbeitslosigkeit ohne neue Staatsverschuldung, ohne neue Belastungen
- x der Arbeitnehmer und ohne dirigistische Maßnahmen zu beheben ist.
- x
- x Weiter wird gesagt, daß mit den freiwirtschaftlichen Vorschlägen auf sanfte Art
- x der Wachstumszwang der Wirtschaft und die Vermögenskonzentration abgebaut würde.

2. Um das Risiko einer positiven oder negativen Fehlbeurteilung zu verringern, wird eine Sonderkommission einberufen, die ausschließlich die unter 1. genannten Aussagen zu prüfen hat und parallel zur Bundeswirtschafts-AG arbeitet.

Jeder Landesverband entsendet 3 Personen (die nicht Mitglied der Partei sein müssen) in die Sonderkommission. Falls mehr Mitglieder als 3 Bewerber pro Landesverband für die Mitarbeit vorhanden sind, entscheiden die Landesvorstände durch Los.

Die Bundesversammlung ernennt die nachfolgende Person als Koordinator

Name:

Anschrift:

Telefon:

3. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und die Sonderkommission werden finanziell so ausgestattet, daß sie ihren Auftrag ausführen können.
4. Die Bundes AG Wirtschaft und die Kommission sollen innerhalb eines Jahres den Kreisverbänden und den Fraktionen getrennte Berichte vorlegen. Minderheitsvoten sind zur Vermeidung von Kampfabstimmungen zu ermöglichen.
5. Die Bundestagsfraktion wird gebeten, mit dem Instrument der Anfrage Klarheit darüber zu schaffen, wie die Bundesregierung das Problemlösungsangebot der Freiwirtschaftsschule beurteilt.

Der Antrag wird in der Bundesversammlung mündlich begründet.

Dieser Antrag wird von folgenden Mitgliedern gestellt bzw. unterstützt:

Name, Vorname, Anschrift	Kreisverband	/	Unterschrift
--------------------------	--------------	---	--------------

*Abromeit, Tristan ....*

*Hannover-L*

*Abromeit*

weitere Unterzeichner

(Abschrift im Juni 2004)

00000000000

Politische Begründung meines Mitglieder-Antrages  
zum Thema

## ARBEITSLOSIGKEIT

auf der Bundesversammlung der GRÜNEN  
am 22. / 23. Juni 1985 in Hagen

von Tristan Abromeit

Wer politische Dummheit und Kaltherkigkeit demonstrieren will, soll meinen Antrag ablehnen. Jene Freunde, die ernsthaft wollen, daß die Arbeitslosigkeit, genauer Erwerbslosigkeit, mit ihren Folgewirkungen abgebaut wird, sollten folgendes bedenken:

Die erste politische Zelle, die die Parteigründung der Grünen ausgelöst hat, waren 1977 Leute, die die ökonomischen Probleme genauso ernst genommen haben wie die ökologischen. Es waren Leute, die um das ungenutzte Wissen der von Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule wußten.

Aufbauarbeit, Selbstüberforderung und -überschätzung der Grünen und die Unfähigkeit eine Dringlichkeitsrangfolge der zu lösenden Probleme zu machen, auf der einen Seite - Manipulationen, Verleumdungen und Mißverständnisse auf der anderen Seite haben eine offene Ökonomiedebatte bisher verhindert.

Acht Jahre sind verstrichen, ohne daß die GRÜNEN als politische Einheit etwas zum Erwerbslosenproblem geleistet hätte.

Ja, es ist sogar zu befürchten, daß es Parteifreunde gibt, die Arbeitslose als politische Manövriermasse zur Durchsetzung fragwürdiger politischer Ziele sehen. Daß diese Haltung ein Spiel mit dem Feuer der Diktatur ist, wird zu wenig beachtet.

Die GRÜNEN wurden als ein Problemlösungsinstrument gegründet. Es scheint heute so, als verständen sich die Grünen als Problemproduzenten.

Der Verfall der GRÜNEN wird m. E. mit dadurch verursacht, daß zu viel Freunde glauben, ohne ökonomischen Wandel oder mit einer Ökonomie mit mangelhafter Freiheit den Frieden und die Umwelt retten zu können.

Die Frage, ob Fundamentalopposition oder Regierungsbeteiligung die richtige Strategie für die Partei ist, kann doch erst beantwortet werden, wenn klar ist, was die GRÜNEN eigentlich wollen.

Die Klarheit in der politischen Zielsetzung hat im Zeitablauf seit Bestehen der GRÜNEN (und der Vorgängerorganisation Grüne Liste Umweltschutz) ab- und nicht zugenommen.

In Hamburg wurde auf der vorigen Bundesversammlung das Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx verteilt. Ich habe mich darüber gefreut, weil es doch ein Zeichen dafür ist, daß noch Reste der in der Gründerzeit gewollten aktiven Toleranz bei uns vorhanden sind.

Ich erkenne aber keinen Ansatz, wie mit dem Marxismus unsere ökonomischen und ökologischen Probleme gelöst werden könnten, ohne daß andere Ziele wie Dezentralität, Gewaltlosigkeit und Freiheit negiert werden.

Gewalt gilt ja wohl immer noch als politisches Mittel zur Zielerreichung der Kommunisten, denn

sonst würde das kommunistische Manifest ja wohl mit einschränkenden Kommentaren versehen.

Wenn es verschiedene Verfahren zur Einleitung von gesellschaftlichen Veränderungen gibt, dann müßten von unserem grünen Selbstverständnis her gesehen, doch die sanfteren eindeutig den Vorrang haben.

Der Problemlösungsansatz der Freiwirtschaftsschule ist eine sanfte Methode, die ökonomische Prozesse positiv verändert, nicht altes Recht bricht, sondern neues Recht schafft.

Wenn ich erkennen könnte, daß es einen besseren Problemlösungsansatz als den freiwirtschaftlichen gäbe, hätte ich den Antrag gestellt, jenen zu prüfen.

Die Untersuchung eines Problemlösungsansatzes bedeutet aber auch automatisch einen Vergleich mit anderen ökonomischen Ansätzen.

Der Ex-Bankier von Bethmann schrieb neulich, daß es keine linke oder rechte, sondern nur eine falsche oder richtige Währungspolitik gäbe. Ich denke an dieser Aussage ist was dran. Jedenfalls läßt sich eine optimale Ökonomie nicht mit beliebigen Elementen herstellen.

Es besteht bei uns in der BRD und weltweit ein erheblicher Handlungsbedarf in Bezug auf Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse. Die Ablehnung meines Antrages, der die Prüfung eines Problemlösungsangebotes und nicht die ökonomische Programmierung der Partei bedeutet, käme einer politischen Selbstkastration der Partei gleich. T.A.

(Abschrift: 3/ 2001, TA)



## **Wählerinitiativen**

### **für oder gegen DIE GRÜNEN**

#### **- was ist notwendig?**

Ein Diskussionsbeitrag zur Bundesversammlung der GRÜNEN  
vom 13. bis 15. Dezember 1985 in Offenburg

von TRISTAN ABROMEIT

Georg Otto, Inspirator einer jener Urzellen der Partei DIE GRÜNEN <sup>8</sup> und wie ich selber die liberalsoziale Position „Dritter Weg“ vertretend, wirbt bei Sympathisanten der GRÜNEN dafür, daß diese zu Gunsten der GRÜNEN Wählerinitiativen gründen. Er wird dieses sicher am anderen Ort begründen.

Da ich unsere Partei, DIE GRÜNEN, so einschätze, daß in ihr den Gründungsimpulsen nur dann wieder Geltung verschafft werden kann, wenn ihr konkret Machtverlust droht, halte ich es an der Zeit, dafür zu werben, daß die Wähler DIE GRÜNEN boykottieren.

Alles, was einem Wähler einfallen mag, wenn man ihn nach der Benennung negativer Aspekte von Parteien fragt, wird man bei-spielhaft in unserer Partei finden können.

Ich habe in den vergangenen Monaten den starken Wunsch gehabt, mich von den GRÜNEN durch Austritt zu befreien. Ich habe es als Belastung empfunden, auf einem Schiff zu fahren, dessen Kurs mehr zur Katastrophe hin als weg führt. Und ich erlebe DIE GRÜNEN als Bedrohung unserer Demokratie, weil diese Partei den Anforderungen, die an die Rolle eines politischen Hoffnungs-trägers gestellt werden, nicht einmal in Ansätzen gerecht wird. Dies bedeutet, daß (bei gleichbleibender oder noch schwierigerer gesellschaftlicher Problemlage und bei weiterer Unfähigkeit der anderen Parteien zu wirklichen Problemlösungen) die Rolle, die DIE GRÜNEN nicht auszufüllen vermögen, von einer autoritär ausgerichteten politischen Strömung übernommen wird. Ob diese autoritäre Strömung sich dann links oder rechts versteht ist dabei unbedeutend. Ich halte es auch nicht

---

<sup>8</sup> Siehe: Anna Hallensleben: "Von der Grünen Liste zur grünen Partei? Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980, Muster-Schmidt Verlag, Göttingen 1984. ~~Eine 7-seitige Buchbesprechung von mir kann gegen e 3 DM in Briefmarken bei mir angefordert werden..~~



für ausgeschlossen, daß DIE (GRÜNEN mit ihren antiautoritären Gründungsimpulsen der Schoß für die Geburt einer diktatorischen Partei werden können. Mir scheint, es sind Illusionen, zu glauben, Basisdemokratie sei ein Schutz vor einer solchen Entwicklung. Ist denn „Basisdemokratie“ wirklich weniger eine Worthülse als das „Führerprinzip“? Hülsen, die beliebig zur Mitglieder- und Wählermanipulation gefüllt werden können?

Ich bin mir sicher, daß ich dieses nicht allein so sehe. Nur innerparteilich können wir uns doch nur in sehr begrenztem Umfang über solche Sorgen austauschen, denn wir haben nicht ein offenes innerparteiliches Kommunikationssystem geschaffen - wie wir wollten - sondern ein Parteipressewesen mit dem gleichen K(r)ampf ums Wort wie auf den Bundesversammlungen.

Eine Kritik der GRÜNEN macht selbstverständlich andere politische Parteien nicht besser, sondern relativiert höchstens deren Schlechtig- und Unfähigkeit. Hierüber dürften sich eigentlich nur Menschen mit ausgeprägtem Parteicharakter aufregen und nicht kritische Geister, die mit Herz und Hand eine bessere Zukunft gestalten wollen. Überhaupt ist es ja schwierig Parteienkritik zu formulieren, weil die Mitglieder einer Partei ja nie eine homogene Masse bilden, weder bei der CDU, SPD und FDP noch bei den GRÜNEN. Man kann dies nicht einmal von der NSDAP behaupten. Eine Kritik der Parteien wird auch durch eine spezielle Machterhaltungsideologie erschwert. Diese Ideologie besagt, daß wir eine parlamentarische Demokratie nicht ohne politische Parteien haben können. Impliziert wird dabei, daß der Kompromiß und nicht die Problemlösung, der Parteienfraktionszwang und nicht die Sachkoalitionsbildung und die Dominanz der Exekutive und nicht die der Legislative das Normale sei.

Auf die alte Frage, ob schlechte Charaktere die Politik verderben oder ob die Politik den Charakter verdirbt, ist meine Antwort: Mit großer Wahrscheinlichkeit verbiegt das politische Instrument „Partei“ die Charakter ihrer Benutzer. Ohne besondere Schutzvorkehrungen wird die Seele von Parteimitgliedern so verseucht, wie der Körper von Anwendern von Atomenergie durch Strahlen ohne Schutz.

Wenn wir unser Sein und Wirken von heute messen an unserem Wollen aus der Gründungszeit der grünen Partei, dann ist doch nur in winzigen Teilbereichen eine Deckung festzustellen. Dies bedeutet doch, daß wir erneut das politische Instrument „Partei“ zur Diskussion stellen müssen. Zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN ist es doch nur gekommen, weil andere Zugänge zu den Länderparlamenten und dem Bundestag durch Wahlgesetze der Altparteien blockiert worden sind.

Nach meiner Einsicht können wir auf den Wettbewerb in der Politik nicht verzichten. Nun, wenn die politischen Parteien sich als Träger dieses Wettbewerbes nicht bewähren, dann

müssen wir eben neue Träger erfinden. Ich bin mit den Verfech-tern der jetzigen politischen Willensbildung gleicher Meinung, daß uns ein Rätssystem nicht weiterbringen würde. Wir haben darüber auch innerparteilich in den ersten Jahren der Existenz der grünen Partei diskutiert. Sogut wie nicht wurde das Modell der politischen Nachbarschaft <sup>9</sup> diskutiert. In diesem Modell scheinen mir gute Ansätze vorhanden zu sein. Als ausreichende Lösung halte ich sie nicht. Was muß hinzukommen? Erinnern wir uns: Wir haben in unserer Verfassung (Grundgesetz) einen Katalog von Grundrechten (die nicht mit der Formulierung des GG geschaffen, sondern nur bewußt und einklagbar gemacht wurden). Es wurde nun in den vergangenen Jahrzehnten der Versuch un-ternommen, mit immer mehr staatlicher Aktivität, mit immer mehr zentralistischen Strukturen diesen Grundrechten Geltung zu verschaffen. Eingetreten ist das Gegenteil. Der Grundrechtska-talog wurde bestenfalls noch als eine Sternstunde politischer Literatur empfunden. Es ist daher fast eine Selbstverständ-lichkeit, daß die politische Sehnsucht nach persönlicher und Gruppenautonomie, nach Befreiung von zentralistischen Struk-turen und nach Stützung des omnipotenten Staates aufkam. Diese Sehnsucht fand ihren Begriff in dem Wort „Dezentralität“. Dieser Begriff wurde aber nicht inhaltlich ausgefüllt. De-zentralität wurde mit dem Begriff „innerparteiliche Demokra-tie“ vermischt. Heraus kam der schwammige Begriff „Basisdemo-kratie“. Mit ihm wurden nicht die gewünschten über- und durch-auhaubaren innerparteilichen Strukturen geschaffen, aber mit diesem Begriff wurde ein wesentliches Ziel, nämlich Dezentrali-tät, der grünen Bewegung untergepflügt. Die Behauptung, die Grünen hätten eine Einpunkt-Partei oder -Bewegung ins Leben gerufen, ist eine Erfindung des Polit-journalismus. Neben dem Hauptziel, den Belangen der Ökologie mehr Gehör zu verschaffen, waren starke Motivationen zur Parteigründung der Wille zur Erneuerung und Weiterentwicklung der Demokratie und die Befreiung der Menschen von gesell-schaftlich verursachten Bedrückungen, wie Fremdbestimmung und Ausbeutung. Die Grünen waren somit ein Zeichen lebendiger und erneuerungsfähiger Demokratie. Sind DIE GRÜNEN auch noch so ein Zeichen?

Unsere Gesellschaft braucht, wenn sie nicht erstarren und in der Folge in einer unkontrollierbaren Revolution landen will, ein Mindestmaß an revolutionärem Elan und Potential. Sie braucht gleichzeitig konservative, verharrende politische Kräfte als Bremser, die die Gesellschaft vor verlustreichen Kapriolen schützt. Unsere Schwierigkeit ist, daß die Rolle der Bremser überbesetzt ist, und daß die revolutionären Köpfe mit Inhalten besetzt sind, die sie mit jenen teilen, die in - den Ostblockstaaten die Bremser sind. Zu viele Antreiber mit der Ausformung, -bildung als Bremser. Dies ist auch ein Problem der Partei DIE GRÜNEN. Es rächt sich für unsere Gesellschaft,

---

9) Hierzu ein Literaturhinweis: Friedhelm Kaiser:  
„Bürgerinitiative Nachbarschaft“, Verlag Wolfgang  
Lohmüller, München

wie auch speziell für DIE GRÜNEN, daß die Anarchisten als Anreger nicht ernst genommen, sondern als Terroristen und Befürworter von Chaos diffamiert wurden. Wenn die linken Grünen weniger Marxismus und Etatismus im Kopf hätten und dafür mehr Proudhon gelesen hätten, wenn sie mehr verstehen würden, was Keynes Anliegen war, und weniger vom Keynesianismus verbildet wären, wenn sie erkennen könnten, daß die Marktwirtschaft als Kooperations- und Koordinationstechnik - die ohne zentrale Organisation auskommt - zur Erreichung eigener Zielsetzungen erhalten und ausgebaut werden muß, wenn sie begreifen könnten, daß die Ausbeutung nicht ihre Ursache im Privateigentum an den Produktionsmitteln hat (ausgenommen Bodeneigentum), dann ließe sich Dezentralität als politische Zielgröße leicht formulieren. Die Erkenntnis, daß sich der Wohlstand (ein Stand in dem man sich wohl fühlt) der Individuen und der Gesellschaft durch kontinuierliche Reduzierung des Staatsapparates wesentlich steigern läßt, wäre dann eine befreiende.

Sicher die Begriffe „Freiheit“ und „Liberalismus“ sind von den staatstragenden Kräften ziemlich verhunzt worden. Nur, wie will eine neue politische Kraft ohne einen Freiheitsbegriff eine bessere Zukunft gestalten? Es ist peinlich zu erleben, wie manche Grüne sich winden, wenn es doch mal unvermeidbar ist, den Begriff "Freiheit" zu benutzen. Dabei war die Gründung der GRÜNEN (einschließlich der Vorläufer) selbst ein großer liberaler Akt, denn ohne die Parteifreunde mit liberalem Selbstverständnis als Bindeglied zwischen den linken und rechten Grünen wäre die Partei wohl kaum entstanden. Über den alten friesischen Spruch „Lever dod as sklov!“ sollten wir mehr nachdenken (genauso wie über die befristete kollektive Unterwerfung als Verteidigungsstrategie).<sup>10</sup>

Für die Überwindung der 5%-Hürde und damit der Sprengung Parteienmachtkartells in der Bundesrepublik genügte Gefühle, für den Abbau von Hürden, zur Vermeidung, daß DIE GRÜNEN nur ein Teil dieses Kartells werden, und für die ordnungspolitische Gestaltung unserer Republik bedarf es des Verstandes. Und da

---

10 Die Ostfriesische Landschaft und die Evangelische Akademie Loocum hat in Aurich eine Diskussionsreihe zum Thema Freiheit durchgeführt. In der Zeitschrift „forum loocum“, Heft 2/85 wurde der Beitrag von (Prof.Dr.) Konrad Buchwald veröffentlicht. Sein Thema lautet: „Ökologie und Freiheit - geschichtliche, philosophische und politische Anmerkungen zur Entwicklung des Verhältnisses von Gesellschaft und Umwelt.“

In Bezug auf Umwelt müssen wir die Grenzen der Freiheit bestimmt enger setzen, wobei wir uns davor hüten müssen, daß mit Umweltschutzargumenten verkappte Herrschaftsansprüche realisiert werden. Durch Überwindung des Institutionenabsolutismus (Reigrotzki) haben wir aber noch viel Freiheit zu gewinnen.

den GRÜNEN nachgesagt wird, daß sich in ihr viel Intelligenz konzentriert, müßten sie ja eigentlich auch den politischen Verstand entwickeln können.

Im Moment. sehe ich es aber so, daß sich linke Wünsche, linkes Taktieren und linkes Machtdenken ausbreitet. Das Abgleiten der GRÜNEN zu einer Linkspartei würde aber ihre Bedeutungslosigkeit zur Folge haben. Den „Alt“-Parteien würde ein unverdienter Sieg zufallen.

Wir erleben ja z.Zt. die Auseinandersetzungen über die Frage, ob DIE GRÜNEN mit der SPD nach künftigen Wahlen koalieren sollen oder nicht. Für die Ja- und Neinsager wurden die Begriffe Realos und Fundamentalos. (u.ä.) geprägt.. Ich kann mich mit keiner der beiden Gruppen identifizieren. Ich kann nur für mich feststellen, daß sie nur unterschiedliche Konzepte der Machtexpansion und keines der Machtatomisierung vertreten. Die Wortführer beider Gruppen haben nach meinem Empfinden soviel Sozialdemokratismus im Kopf, daß eine Koalition mit der SPD permanent praktiziert wird. Der erbittert ausgetragene Streit ist ein schlechter Witz.

Die Erfahrungen, die wir Grünen mit der SPD gemacht haben, sind sicher unterschiedlich. Auch kann nicht gesagt werden, daß pragmatisches Denken und Handeln immer schlechter oder besser sei als grundsätzliches. Erinnerung sei nur daran, daß wir keine unabhängige SPD gründen wollten, sonst hätten wir sie so genannt. Es war schon ein weit verbreiteter Erkenntnisstand, daß manche grüne Zielsetzungen eher mit CDU-Wählern als mit SPD-Wählern zu realisieren seien.<sup>11</sup>

Politische Verantwortung kann eine Partei auch (oder gerade deshalb) übernehmen, wenn sie sich problematischen Rollenerwartungen (die ja zur Komplizenschaft führen können) widersetzt. Bei allem Respekt vor SPD-Mitgliedern, der in manchen Fällen bis zur freundschaftlichen Neigung geht, ich halte die CDU-Politik im Bereich Wirtschaft, Bildung und Soziales für weniger falsch, als was mit der SPD zu realisieren wäre.- Nun wird argumentiert, der Ausstieg aus der Atomwirtschaft könnte nur gelingen durch eine Koalition mit der SPD. Ich halte dieses für einen unsicheren Weg, für den der Preis der Immobilität der SPD in anderen wesentlichen Politikbereichen gezahlt werden muß. Die SPD wird bzgl. der Atomenergie genauso reagieren wie bei der Rüstungsproduktion: Grundsätzlich nein, aber bei Gefährdung von Arbeitsplätzen ja.

Der Ausstieg aus der Atomenergie führt über eine Vollbeschäftigungspolitik bei qualitativen Wachstum und Reduzierung der

---

11 Siehe z.B. hierzu: Wolfgang Sachs: „Hinter den Ohren noch rot - Versuch, das Thema einer, grünen Bildungspolitik zu-zuspitzen“ in: „Das Recht auf Ungezogenheit“, rororo dachbuch 7767

Staatsschulden. Das Wissen zur Realisierung dieses Weges wird selbst von den GRÜNEN nicht abgerufen.

Aus strategischen Gründen (und nicht aus Sympathie oder Antipathie) heraus halte ich es für wünschenswert, daß die Regierungsverhältnisse in Bonn und Niedersachsen für eine weitere Legislaturperiode so bleiben wie sie sind. DIE GRÜNEN können aufgrund inhaltlicher Unklarheiten noch keinen positiven Part in einer Regierung spielen. - Die SPD hat die versäumten politischen Lektionen noch nicht nachgeholt. Und die CDU darf nicht durch die Abwahl vor den politischen Offenbarungseid bewahrt werden. Dieser wird nämlich zeigen, daß Halb Wahrheiten und Halbheiten die Basis ihrer Politik sind. Innerparteilich müssen wir uns von der Katastrophenhysterie befreien, mit der auf Dauer weder Mitglieder noch Wähler mobilisiert werden können und die uns nur davon abhält, uns mit kühlem Kopf auf unseren Beitrag zur Abwehr politischer und ökologischer Katastrophen vorzubereiten.

(Abschrift des Flugblattes 3/2001)

Flugblätter - wie das hier abgeschriebene - wurden auf Bundesdelegierten- und Landesdelegiertenkonferenzen der grünen Partei zahlreich in jeweils ausreichender Stückzahl verteilt.  
3/01,TA

ZUM ERNST DER LAGE - Politiker-Befragung zur

## **Arbeitslosigkeit**

Fragen von Tristan Abromeit

an: Helmut Lippelt, DIE GRÜNEN

Peter-Jürgen Rau, FDP

Gerhard Schröder, SPD

Josef Stock, CDU

### Anmerkungen zum Vorverständnis meiner Fragen

#### 1. theoretische Aspekte

Bei der Analyse von Ursachen der Arbeitslosigkeit sehe ich zwei Gruppen von Nebenursachen und eine Hauptursache:

Zur ersten Gruppe gehören:

- a) Verwirrung oder verfestigte Vorstellungen von dem Problem Arbeitslosigkeit und seiner Lösung.
- b) Eine häufig anzutreffende ideologische Fixierung der „Wirtschaftspolitiker“.
- c) Die nicht vorhandene Koppelung des Einkommens der Wirtschaftswissenschaftler an die Qualität ihrer Theorieproduktion.

Zur zweiten Gruppe gehören:

- a) die hohe Belastung regulärer Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben.
- b) Schutzbestimmungen
  - ba) für besondere Arbeitnehmergruppen, z.B. Behinderte, die sich in einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft in ihr Gegenteil verkehren,
  - bb) in Form von Kündigungsschutz, der es Unternehmen bei unsicherer Auftragslage ratsam erscheinen lassen, lieber Überstunden zu fahren als Neueinstellungen zu tätigen.
- c) bürokratische Hemmnisse bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen, z.B. die Zwangsgliedschaft in einer Kammer oder der Meisterbrief als Zulassungsvoraussetzung.
- d) das Versäumnis der Tarifvertragsparteien den disponiblen Anteil am Produktivitätsfortschritt in Arbeitszeitverkürzung statt in Lohnsteigerung umzumünzen.

Das Hauptproblem:

Nach der klassischen Theorie schafft sich die Produktion selbst die Nachfrage. Eine generelle Überproduktion kann es nicht geben. Störungen in der Wirtschaft sind immer nur Teilstörungen z.B. durch nicht nachfragegerechtes Angebot. Dieses Theorem ist nach Jean Baptiste Say (1767 bis 1832) benannt.

Und in der Tat ist es so, wenn alles Einkommen wieder zur (aktiven) Nachfrage wird, kann es keine Arbeitslosigkeit (genereller Art) geben. John Maynard Keynes (1883 - 1946) stellt nun

in den 30er Jahren fest, daß. die oben angeführte klassische Theorie insofern nicht stimmt, als es Situationen gibt, in denen sich die Nachfrage, die die Form von Geld hat, passiv verhält. Die Nachfrage bleibt inaktiv in den Kassen, weil aufgrund mangelnder Rentabilität des Geld-Kapitals die Vorliebe zur Liquidität stärker sei als jene zur Investition. Keynes (später auch bei uns praktizierter) Vorschlag war nun, daß der Staat mit einer neugeschöpften (durch die Druckerpresse, nicht in der Produktion entstandenen) staatlichen Nachfrage die brachliegende private Nachfrage der Unternehmen und Konsumenten ersetzen müßte. Die nicht vermeidbaren Nebenwirkungen aber sind: Expansion der Staatstätigkeit, Staatsverschuldung mit der Wirkung, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, Inflation mit ihren Umverteilungseffekten und Verzerrungen wirtschaftlicher Werte und eine irrationale Führung der Staatshaushalte.

Bereits vor Keynes kam Silvio Gesell (1862 bis 1930) u.a. zur gleichen Ursachenanalyse. Gesell hat aber eine andere Therapie entwickelt, die in sich logischer ist und nicht mit anderen ökonomischen Zielen kollidiert. Keynes kannte Gesells Lösungsmodell, hatte aber vermutlich den Ehrgeiz, ein eigenes Modell anbieten zu können. Gesells Modell hat nur für den Kapitalrentner (Kapitalisten) eine negative Nebenwirkung in der Form, daß der Kapitalertrag gegen Null sinken kann. Für die Arbeit (Arbeitnehmer und Unternehmer) hat diese Beschäftigungspolitik nur positive Nebenwirkungen: a) nicht mehr die Rentabilität bestimmt, ob ein Produkt oder eine Dienstleistung lohnend ist, sondern die Wirtschaftlichkeit, die leichter zu erreichen ist, b) ohne Umverteilungspolitik steigt das Arbeitseinkommen zu Lasten des Kapitaleinkommens mit der Folgewirkung einer anderen Vermögensverteilung, c) die Staatstätigkeit und die Steuern können reduziert werden.

Damit das Einkommen zur Nachfrage wird und Vollbeschäftigung ermöglicht, muß das Geld umlaufen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (besser: der Ausnutzungsgrad. des Geldes) muß sein Optimum erreichen und in diesem konstant gehalten werden.

Die Notenbanken sind heute bei ihrem Bemühen, dieses zu erreichen, ziemlich hilflos. Ihnen stehen nur zwei negative Instrumente zur Verfügung: a) die leichte Inflationierung der Währung (Geld das sich entwertet, gibt man weiter.), die aber in Kombination mit Dirigismus zur Stagflation wird und b) die Zinspolitik, diese funktioniert aber auch nicht, weil die Notenbanken als Umlaufanreiz des Geldes für ein hohes Zinsniveau sorgen müßten, was aber mit dem Interesse der Unternehmen an einem niedrigen Zins kollidiert.

Gesells einfacher aber genialer Vorschlag ist nun, daß wir uns bewußt werden, daß das Geld eine öffentliche Einrichtung ist, die die Arbeitsteilung erst ermöglicht. Über diese öffentliche Einrichtung darf der jeweilige Nutzer genausowenig beliebig verfügen wie z. B. über die öffentlichen Verkehrsmittel oder das Telefon. Damit das Geld auch wirklich seine Tauschfunktion wahrnimmt, muß derjenige, der es zurückhält, eine Art Standgebühr bezahlen, so wie der Empfänger eines Eisenbahnwaggons, der diesen nicht nach Ankunft entlädt.

Dieses Modell ist -zigmal gedanklich auf die Richtigkeit überprüft worden und ich kenne keinen Kritiker der sachlich haltbare Einwände vorgetragen hat. Es wurde im Modell in der Arbeitslosigkeit der 30er Jahren erfolgreich an verschiedenen Orten getestet. In Österreich wurde es in Wörgl getestet, getragen von der gesamten Kommunalvertretung unter Führung des sozialdemokratischen Bürgermeisters.

## 2. politische Aspekte

Ende 1977 habe ich den Themenkomplex in einem ca. 70-seitigem Arbeitspapier unter dem

Titel „Arbeitslosigkeit, Ursachen - Wirkungen - Lösungen -“, aufgearbeitet. Ich war damals FDP-Mitglied. Die Landesgeschäftsstelle wollte diese Arbeit drucken, damit sie diskutiert werden konnte. Der Druck wurde aus der FDP heraus torpediert. Ich habe damals mit Peter Jürgen Rau u.a. im Landesfachausschuß Wirtschaftspolitik der FDP gearbeitet. Am 16.2. 1978 habe ich mit einem 20- seitigem „Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen" für die Veröffentlichung meines Skriptes zur Arbeitslosigkeit geworben. Der LFA hat sich unter Führung von J-P. Rau dagegen entschieden.

Mit Helmut Lippelt u.a. bin ich Gründungsmitglied der GRÜNEN. Das Thema Arbeitslosigkeit habe ich von Anbeginn an versucht, in DIE GRÜNEN einzubringen z. B. mit meinem Dringlichkeitsantrag an die Bundesdelegiertenkonferenz im Jan. 83 in Sindelfingen und einen Mitglieder-Antrag zur BDK im Juni 1985 in Hagen. Die Anträge waren bescheiden. Es wurden keine politischen Programme gefordert, sondern nur Untersuchungen von Lösungsangeboten. Auf den grünen Bundesversammlungen ist immer Zeit für allgemeines politisches Palaver. Es war aber keine Zeit für diese Anträge.

Das Thema Arbeitslosigkeit wurde bisher immer nur in Nebensätzen abgehandelt. Es soll nun den Mitgliedern ein „Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ vorgelegt werden. Dieses Programm kenne ich noch nicht und kann es folglich auch noch nicht bewerten. Feststellen kann ich nur, daß den grünen Mitgliedern nicht offiziell (d.h. zu Lasten der Parteikasse) Alternativprogramme vorgestellt werden können, obwohl dies die Bundessatzung vorsieht.

Helmut Lippelt wird von der HAZ als der intelligenteste Grüne eingestuft. Ich kann nicht beweisen, daß Helmut seine Intelligenz bisher zur Verhinderung einer offenen Ökonomiediskussion innerhalb der GRÜNEN eingesetzt hat, ich konnte aber bisher auch nicht feststellen, daß er sie für eine offene Ökonomiediskussion als Voraussetzung der Lösung unserer Ökonomieprobleme eingesetzt hat.

Die von Gesell gemachten Lösungsvorschläge zur Arbeitslosigkeit und anderer ökonomischer Probleme wurden und werden unter Begriffen wie Freiwirtschaftsschule oder Natürliche Wirtschaftsordnung abgehandelt und publiziert. Spätestens seit dem ersten Weltkrieg wurden von Gesell und seinen Mitarbeitern für die politische Umsetzung dieser Erkenntnisse als Hauptadressat die Sozialdemokraten gesehen. Die SPD war aber in der Weimarer Zeit noch marxistisch orientiert. Sie hat sich mit Manipulationen und Ausschlüssen gegen das Aufkommen neuer Problemlösungsmodelle gewehrt, besonders als die Arbeitslosigkeit am höchsten war und der Nationalsozialismus an Boden gewann. Diese Abwehrhaltung ist im Nachkriegsdeutschland dokumentiert und besteht bis heute, wenn auch nicht in so starrer Form. Nach dem 1. Weltkrieg war die SPD gläubig marxistisch, nach dem 2. Weltkrieg war sie gläubig keynesianistisch und ist sie heute mehr als konfus? Der Mißerfolg war jedesmal voraussehbar. Ich sehe noch die leuchtenden Augen in der Akademie für Wirtschaft und Politik vor mir als, Karl Schiller in Bonn Wirtschaftsminister wurde. Diese Hoffnungen und Erwartungen. Etwa zur gleichen Zeit hatte man in der Akademie nicht anderes im Sinn als das langjährige SPD-Mitglied Karl Walker, ohne Hochschule vom Facharbeiter zum Privatgelehrten geworden, anlässlich der Demonstration seines Planspieles „abzuschießen". Warum? Er war kein Keynesianer, sondern ein Gesellianer. Dabei ist sein erstes Buch, das er als Arbeitsloser in den dreißiger Jahren geschrieben hat, heute noch ergiebiger als manche aktuelle Professorenarbeit.

Steht die CDU besser da? Nein, keineswegs. Erstens ist sie genauso wenig offen und undog-



matisch wie die anderen Parteien, zweitens vernebelt sie die Gehirne der Bundesbürger dadurch, daß sie immer von Marktwirtschaft redet, wenn sie Kapitalismus meint, und drittens hat sie den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ mißbraucht und deformiert.

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft war eine Nachkriegsgründung von Vertretern der Freiwirtschaftsschule, in der es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Ordo-Liberalen kam, bis sie von den kapitalistisch orientierten CDU-Kräften aus ihrer eigenen Institution ausgebootet wurden. Soziale Marktwirtschaft meinte ursprünglich eine vom Kapitalismus und Krisen befreite Marktwirtschaft.

Ist die CDU heute für unkonventionelle Problemlösungsansätze zugänglicher? Nach meinen persönlichen Erfahrungen (die nicht so umfangreich sind wie mit anderen Parteien) muß ich dieses verneinen. Zuletzt habe ich den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Niedersächsischen Landtag, Walter Remmers, auf dem Kirchentag in Düsseldorf versucht zu überzeugen, daß es notwendig ist, das freiwirtschaftliche Lösungsangebot zu prüfen. Ich konnte keinen Erfolg feststellen.

Wenn irgendwo 1.000,- DM gestohlen werden, dann wird ein großer kriminalistischer und juristischer Apparat zur Aufklärung in Gang gesetzt. Auch wenn die Verfolgung und der Vollzug mehr als 100.000 DM Kosten verursacht. Wenn durch Blindheit oder Bosheit in der Politik Schäden in Höhe von –zig Milliarden verursacht werden, wenn Millionen von Menschen in ihrem Lebensglück beeinträchtigt sind oder anderen Orts gar verhungern müssen, dann erhalten diejenigen, die das zu vertreten haben, Orden dafür.

-oooooooooooooooooooo-

### **Zum Ernst der Lage Politiker-Befragung zur Arbeitslosigkeit, Hannover 13. März 1986**

Fragen von Tristan Abromeit

(siehe auch Anmerkungen zum Vorverständnis dieser Fragen)

an:

Helmut Lippelt, Ex-MdL, Mitglied des Landesvorstandes der Grünen,

dem Ambitionen auf ein Bundestagsmandat nachgesagt werden;

Peter-Jürgen Rau, MdL, FDP, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtags-Fraktion;

Gerhard. Schröder, MdB,SPD, der Ministerpräsident in Niedersachsen werden möchte;

Josef Stock, MdL, CDU, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtags-Fraktion.

1. Frage: Ist es auch Ihre Auffassung, daß Arbeitslosigkeit nicht nur eine Bedrohung individueller Existenzen (Arbeitslose, Arbeitnehmer und auch Selbständiger), und eine Bedrohung des Bürgerfriedens, sondern darüber hinaus, eine Gefahr für unsere Demokratie ist? (Ich denke dabei auch an den gleichen Kurvenverlauf der Stimmabgaben für Hitler wie den der Arbeitslosenzahlen in den 30er Jahren.)

2. Frage: Stimmen Sie mit mir überein,, daß die Arbeitslosigkeit von Menschen. oder seinen Werken und nicht von einem Gott oder irgendwelchen finsternen geheimen Mächten verursacht wird?

3. Frage: Stimmen Sie mit mir darüberein, daß einem Lösungsmodell für das Problem Arbeitslosigkeit der Vorzug zu geben wäre, das a) schnell greift, b) keine neue Staatsverschuldung erfordert, c) nicht mit ökologischen Zielsetzungen kollidiert, d) nicht die Armen ärmer macht und e) auch nicht unsere Freiheitsansprüche ignoriert?
4. Stimmen Sie mit mir überein, wenn ich sage: Eine politische. Partei, die bewußt. das Arbeitslosenproblem vernachlässigt, Arbeitslosigkeit als Hebel für andere. politische Ziele einsetzt oder gar die Lösung des Problems aktiv verhindert, ist verbrecherisch zu nennen!
5. Das. freiwirtschaftliche. Lösungsmodell beansprucht für sich die Kriterien, die in der 3.Frage angeführt werden, zu erfüllen.  
Sind Sie bereit, sich dafür nachhaltig stark zu. machen, daß dieses Modell auf, seine Brauchbarkeit hin untersucht wird?
- Durch Forschungsaufträge des Bundesforschungsministers.
  - Durch Forschungsaufträge des Nieders. Wissenschaftsministers.
  - Durch Fach-Tagungen von Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung?
  - Durch andere geeignete Maßnahmen.
6. Da wir es in unserer Demokratie schon so weit gebracht haben, daß ein Politikerwort nicht mehr viel gilt:  
Sind Sie bereit, als eine Art Konventionalstrafe in Höhe von DM 5000,- (i.W.Fünftausend;) an eine Arbeitsloseninitiative (die sich ihrerseits mit dem Modell aktiv auseinandergesetzt hat) zu. zahlen, wenn Sie Ihr Wahlversprechen nicht innerhalb eines Jahres nachprüfbar eingelöst, haben?

Antworten:

Helmut Lippelt, DIE GRÜNEN	Peter-Jürgen Rau, FDP
Frage 1) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a)Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c)Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein	Frage 1.) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a)Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c)Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein
Gerhard Schröder, SPD	Josef Stock, CDU
Frage 1) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a)Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c)Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein	Frage 1.) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a)Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c)Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein

Nachtrag vom März 2001: Es wäre natürlich interessant zu wissen, wie die vier angesprochenen Mandatsträger bzw. Inhaber von Parteiämtern damals (und auch heute) die Fragen für sich beantwortet haben oder heute beantworten würden. In einer öffentlichen Veranstaltung ist für ein solchen umfangreichen Fragenkatalog natürlich keine Zeit. Gedacht war das Info mit den Fragen auch für die Zeit danach. Es fehlen im politischen Journalismus Leute, die aus Einsicht die richtigen Fragen an Orten stellen können, wo Politiker nicht ausweichen können.

Diesen Text hatte ich als Grafikdatei eingefügt. Ich habe ihn an dieser Stelle ebenfalls zur Reduzierung der Dateigröße gelöscht, weil er schon mit dem Begleittext „Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland“ unter der Nr. 4.0 zu finden ist.

## Jahrelangen Prozeß der Anpassung kritisiert

# Unzufrieden mit den Grünen: Acht haben den Austritt erklärt

**Garbsen/Wunstorf/Neustadt (at).** Geschlossen ist eine Gruppe von acht Mitgliedern des Kreisverbandes der Grünen jetzt aus der Partei ausgetreten. Während einer Versammlung in Hannover begründeten sie ihren Schritt vor allem mit der ihrer Meinung nach zu beobachtenden Anpassung der Partei an etablierte Strukturen und die Änderung politischer Positionen.

Als Beispiel dafür nennt Stefan Weigang aus Garbsen, der in einer Presseerklärung den Schritt begründete, die Beschlüsse der Bundesversammlung der Grünen in Neumünster und der niedersächsischen Grünen, die kürzlich dem Bau einer Mercedes-Teststrecke in Papenburg zugestimmt hätten. „Der derzeitige Zustand der Grünen ist das Ergebnis eines jahrelangen Anpassungsprozesses“, kritisiert das ehemalige Mitglied des Kreishaupatausschusses.

Die acht ehemaligen Parteimitglieder können sich „nicht mehr mit der Partei identifizieren, wenn radikal-ökologische, feministische, basisdemokratische und linke Positionen immer weiter ausgrenzt werden“, wie es in der Erklärung heißt. Sie hätten bewußt als Gruppe die Partei verlassen, um deutlich zu machen, daß sie sich nicht aus der Politik verabschieden wollen, sondern sich künftig in anderer Form engagieren wollen, teilte die

Gruppe weiter mit. Wie dieses Engagement aussehen soll, ist derzeit nicht abzusehen. Klar ist, so sagte Weigang in einem Gespräch, daß die ehemaligen Grünen nicht sofort eine neue Partei gründen oder sich um politische Mandate bemühen wollen.

Neben den beiden Garbsenern Stefan Weigang und Ingrid Herwig haben sich Dorlis Frenzel (Neustadt), Martina Kexel-Göbel (Pattensen), Anke Schinkowski (Seelze), Peter Wagner (Langenhagen), Karen Benda (Laatzen) und Willy Harges (Uetze) von den Grünen getrennt. Harges war bis 1989 Mitglied des Kreistages, Karen Benda arbeitete mehrere Jahre im Landesvorstand der Partei mit, Martina Kexel-Göbel war im Kreisvorstand.

„Wir sind betrübt über jeden ökologisch Engagierten, der die Partei verläßt, aber wir sind nicht traurig, wenn fundamentalistische Sozialisten gehen“, kommentierte Henning Otto, Kreisvorstandsmitglied aus Gehrden, den Austritt der acht ehemaligen Grünen.

Die Gruppe der acht sind nicht die einzigen, die nach einer Austrittsankündigung der früheren Bundessprecherin Jutta Dittfurth aus der Partei ebenfalls das Handtuch warfen: Zwei Austritte – mit ähnlichen Begründungen, wie sie jetzt gegeben wurden – hat Kreisgeschäftsführerin Heike Wartini-Eggers bislang registriert. „Es werden noch weitere folgen“, meint Stefan Weigang.

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

12. Juni 1991

Leine Zeitung  
- Redaktion -  
Postfach  
3057 Neustadt 1

Leserzuschrift zu:

„Unzufrieden mit den Grünen: Acht haben den Austritt erklärt“, Leine-Zeitung vom 11. Juni 1991

### Eine glückliche Trennung ist besser als eine unglückliche Verbindung!

Die Mitgliedschaft ist in keiner Partei ein Zuckerschlecken. Parteien - egal ob grün, rot, schwarz oder blau-gelb - sind für einzelne Mitglieder Katapulte ins Rampenlicht der Öffentlichkeit und / oder auf gutdotierte Posten, aber eben für 90 oder mehr Prozent eine Idealismusverschleißmaschine. Der Verbleib oder der Austritt aus einer Partei, sagt für sich alleine betrachtet noch nichts über die Qualitäten der betreffenden Frauen und Männer oder die Organisation. Aber ein von Links vorgetragenes Lamento über eine Fehlentwicklung der GRÜNEN ist völlig fehl am Platz, denn die größte Fehlentwicklung - einschließlich der innerparteilichen Unaufrichtigkeit - wurde von den linken politischen Kräften in den GRÜNEN selbst am stärksten verursacht. Am Anfang des Gründungsprozesses der grünen Partei war ein Bewußtsein von der Problematik der Parteiendemokratie und den möglichen Fehlentwicklungen der Parteien vorhanden. Um die Skepsis gegenüber einer Parteigründung zu überwinden, wurde die politische und sachliche Vielfalt in der Einheit einer grünen Partei < ursprünglich Grüne Liste > proklamiert. Diese Vielfalt, die zur Voraussetzung die Überwindung des politischen Links-Rechts-Schemas hatte, sollte gegen die als zerstörerisch empfundene tendenzielle und fraktionierte Einfalt in den Parlamenten eingesetzt werden. Die Gründung war somit ein radikalliberaler politischer Akt. Mit den ersten Wahlerfolgen kamen zahlreich die Linken aus ihren politischen Sackgassen und haben systematisch den Gründungsansatz der Partei zerstört. Ein beliebtes Instrument der Linken war der konstruierte Faschismusvorwurf und der Glaube, durch Abstimmungssiege die Gedanken- und Vorstellungsinhalte in den Köpfen der Mitglieder bestimmen zu können. Karen Benda und Stefan Weigang (ursprünglich Neustadt) kamen erst zu den GRÜNEN, als diese (am Gründungsimpuls gemessen) bereits durch Linke deformiert war. Das Gefühl in der eigenen Partei ein Fremder zu sein, haben linke Parteimitglieder unzähligen Grünen vermittelt. Es ist gut, daß sie zur Strafe dieses Gefühl selbst erleben müssen bzw. mußten. Eine Trennung

verursacht aber auch Traurigkeit.

Eine Organisation wie DIE GRÜNEN kann nicht ihren eigenen Weg zurück gehen. Sie ist gezwungen sich fortzuentwickeln, wenn sie nicht erstarren will. Es gibt genug Probleme der Ökologie, der Ökonomie und der Demokratie die aufgearbeitet werden müssen. Die Vermengung der Zielgrößen „Dezentralität“ und „innerparteiliche Demokratie“ zu dem verlogenen Begriff „Basisdemokratie“ hat vermeidbaren Haß und Hader in die Mitgliedschaft gebracht. Vielleicht ist ein neuer Stil des Umganges möglich, wenn von der Autonomie der Personen und Organisationseinheiten ausgegangen wird und Kollegialität, gegenseitiger Respekt und konkrete Menschenliebe geübt wird.

Die Loslösung von Teilen der Grünen, die sich in der Partei nicht mehr zu Haus fühlen, ist eine Chance für alle.

TA